

b *unabhängige auernstimme*



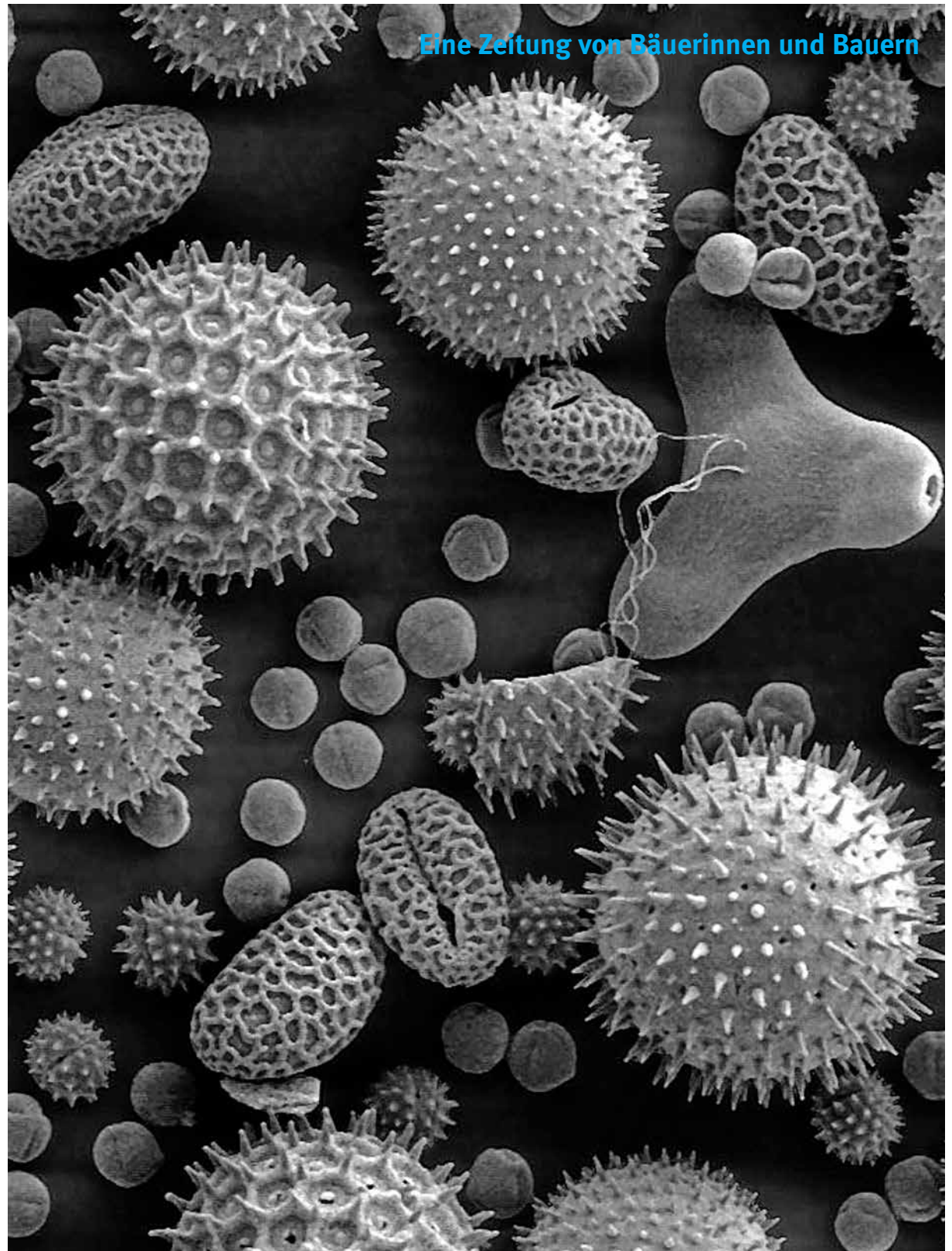
Die Auswirkungen durch das Corona-Virus für die Weltgesellschaft, die (Agrar-)Politik und für die Höfe sind derzeit nicht abzusehen



Das Kompetenznetzwerk Nutztierhaltung hat Vorschläge für den Umbau der Tierhaltung gemacht, dazu gibt es Reaktionen



Auch auf Acker und Grünland muss es zu einer Veränderung des Systems kommen, damit Bienen und Bauern überleben



Eine Zeitung von Bäuerinnen und Bauern

Pollen, ungefährliche Vielfalt



Die Seite 3

In Zeiten von Corona 3



Agrarpolitik

„Green Deal wird ausgehöhlt, bevor er Formen annimmt“ 4
 Gemeinwohlprämie für die neue GAP 5
 Insektenschutz nur mit den Bauern 6
 „Grundsätzliche Bedenken“ 16
 „Viele warten drauf“ 17



Milch

Milchpreise, Fütterung und Tiergesundheit 7



Bewegung

Das Ringen geht weiter 8
 Spannende Ideen und Projekte 10
 „In meinen Augen ist dann Schluss“ 18
 Die souveräne Hofübergabe 20



Schwerpunkt

Ein Blick zurück für den Ackerbau der Zukunft 11
 Der Ackerbau wird sich verändern 12
 Grünland als Alleskönner? 14

Zu Besuch bei Maria Heubuch und Lisa Anschütz, Seite 9; Nachbau, Seite 15; , Seite 18-20; Landleben, Seite 19; Gentechnik, Seite 21; Lesen/Verschiedenes, Seite 22; Kontakte/Impressum, Seite 23



Solidarität

Als vor einigen Jahren tausende von Menschen durch das Ebola-Virus dahingerafft wurden, haben wir das bedauernd zur Kenntnis genommen, wir leben ja nicht in Liberia oder im Kongo. Wenn im brutalen Syrienkrieg seit 2011 mehr als 380.000 Menschen getötet und mehr als 11 Millionen vertrieben werden, dann macht das manche von uns fassungslos, aber bei uns sind ja keine Bomben gefallen. Dass geflüchtete Menschen in total überfüllten Lagern auf einer wunderschönen Urlaubsinsel zusammengepfercht werden und menschenunwürdig leben, ist für eine zivilisierte europäische Gesellschaft ein Armutszeugnis, aber was tun? Dass unsere Konsum- und Verschwendungsgesellschaft schon jetzt viele Klimaflüchtlinge erzeugt, lässt uns nur weiter konsumieren. NSU, Kassel, Halle, Hanau... was war da noch mal? Jetzt kommt Corona und jetzt wird es anders und ernst. Wir haben uns mit unserem Tun selbst zu beschäftigen, weil die Gefahr nicht irgendwo in China ist, sondern vor unserer Tür lauert. Es ist wohlthuend, dass die politisch Verantwortlichen und Wissenschaftler/innen mit ruhiger Führung und größter Ernsthaftigkeit vorgehen und wir von Glück sagen können, dass nicht Lügner wie Trump oder Bolsenaro die Regierungsgeschäfte führen.

Einer befreundeten Journalistin habe ich gesagt: Vielleicht hat diese große Krise für uns alle auch etwas Gutes. Wir müssen viele Gänge zurückschalten, das „Immer höher, schneller, weiter, intensiver“ funktioniert nicht mehr. Sie widerspricht mir, nennt mich einen Träumer. Alle wichtigen Unternehmen und Konzerne hätten schon im Februar ihre besten Leute auf Homeoffice getrimmt, damit alles so weiterlaufen kann wie bisher. Trotzdem: Es wird nicht so weitergehen. Diese Pandemie verlangt uns allen viel ab, verlangt viele Opfer, viele Menschenleben. Das Nachdenken über uns und unser Handeln wird erzwungen. Was macht diese Krise mit uns und unserer Zukunft? Halten wir das wirtschaftlich auf den Höfen durch und wie lange? Lieferketten sind unterbrochen, Erzeugerpreise fallen, fest eingeplane Arbeitskräfte kommen nicht. Wurde gestern noch von notwendiger Beschleunigung des Strukturwandels in der Landwirtschaft herumschwadroniert, um konkurrenzfähig für den Weltmarkt zu produzieren, muss heute viel mehr darüber nachgedacht werden, dass die von uns immer eingeforderte Wertschätzung auch in politisches Handeln und Unterstützung umschlägt. Das bedeutet aber auch, dass nicht nur über die Rettung von Lufthansa, VW und anderen Großkonzernen nachgedacht werden darf, sondern es muss auch verhindert werden, dass die krisengebeutelten bäuerlichen Betriebe durch Corona ins Aus geschickt werden. Die AbL selbst hat Instrumente einer sozial und ökologisch gerechteren Verteilung der Agrargelder vorgeschlagen. Die Vorschläge liegen auf dem Tisch und können jetzt gerade für kleinere und mittlere Betriebe existenzhaltend sein. Hilfe innerhalb der Familien und Freundinnen und Freunde, Nachbarschaftshilfe, Unterstützung im Dorf, aus der Region, von Stadt zu Land und umgekehrt sind jetzt wertvoll, sind gelebte Solidarität statt Ellbogenmentalität. Solidarität entsteht nicht automatisch, sie bedeutet für uns Arbeit. Das wichtige Gebot ist „Abstand halten“, zurückstecken, um andere zu schützen. Und doch können wir gedanklich und praktisch enger zusammenrücken, wir sollten das AbL-Netzwerk und unsere persönlichen Netzwerke dafür nutzen. Bleibt achtsam und gesund.

Georg Janßen, AbL-Bundesgeschäftsführer

Zum Titel:

Die Natur hält eine Vielfalt an interessant geformten Bestandteilen des Lebens parat. So zu sehen auf unserem Titelbild. Nein, das sind keine Viren, sondern eine mikroskopische Aufnahme von Pollen unterschiedlicher Nutzpflanzen.

In Zeiten von Corona

Wir alle sind in einer Ausnahmesituation, auch auf den Höfen

Wie wollen wir damit umgehen, wenn jetzt bestimmte Produkte knapp werden, wir aber als Gesellschaft wissen, dass ein kurzfristiger Schutz vor der Ausbreitung des Corona-Virus am besten zu bewerkstelligen ist, wenn sich Menschen und Produkte nicht ständig von Region zu Region bewegen? In unserer Region wird eine ganze Palette von Produkten schon lange nicht mehr angebaut, weil die Weiterverarbeitung fehlt – Obst, Gemüse, Hackfrüchte wie die Kartoffel. Deutschland baut nur 27 Prozent des eigenen Gemüsebedarfs an, weil Gemüseanbau händische Arbeit bedeutet, oft einen hohen Einsatz an Pflanzenschutzmitteln und alles das viel billiger und mit viel weniger Auflagen im Ausland umgesetzt werden kann. Wir haben uns ein System geschaffen, in dem alles das einfach importiert wird, wenn es die kurzfristigen Gewinne steigert. Diese Ausbeutungsstrukturen betreffen jetzt schon die marginalisierten ArbeiterInnen, die in Südspanien für einen Großteil der europäischen Gemüseproduktion auch für deutsche Supermarktreale arbeiten. Durch die Corona-Krise steigt der Arbeitsdruck auf sie gerade ins Unermessliche, es wird von Arbeitstagen von weit über 15 Stunden berichtet. Arbeitsschutz durch einzuhalten Abstände und Schutzmasken gibt es auch für die in den Packhallen Tätigen nicht. Werden sie krank, könnte unsere seit Jahren fehlende Solidarität im Warenfluss auch Auswirkungen auf uns haben. Auch die Ausfälle, die es in den heimischen Sonderkulturen aufgrund von nicht verfügbaren (billigen) SaisonarbeiterInnen aus dem Ausland geben wird, werden unsere Region stark treffen. Wie sollen wir als regionale LandwirtInnen nun schnell Strukturen schaffen, die sicherstellen, dass unsere Region versorgt ist? Das aber ist unsere Aufgabe, die wir mit Stolz und Leidenschaft erfüllen wollen und werden.

Regionale Landwirtschaft

Wir müssen versuchen sicherzustellen, dass auch in einer möglichen Krisensituation alle Menschen in der Bevölkerung Zugang nicht nur zu haltbaren Trockenwaren haben, sondern ebenso zu vitaminreichen frischen Produkten. Diese liefern neben den überlebenswichtigen Kalorien auch die Immunkraft, die wir nun mehr denn je brauchen. Sollten Importe ausfallen, werden diese Produkte

knapp und es wird zuallererst die ärmeren Bevölkerungsgruppen treffen, die den Zugang dazu verlieren. Wir müssen diskutieren, wie wir sicherstellen, dass wir nicht nur profitorientiert entscheiden, wer was bekommt, sondern Strukturen schaffen, die auch auf Solidarität basieren. Spätestens jetzt angesichts der Covid-19-Pandemie muss klar werden, wie wichtig die regionale Landwirtschaft ist. Die Krise muss zum Anlass genommen werden, kurzfristig sicherzustellen, dass Betrieben alle notwendigen Mittel zur Verfügung gestellt werden, um weiter zu existieren und zu arbeiten. Dies muss auch durch gesicherte Abnahmepreise umgesetzt werden sowie durch eine Schaffung von Weiterverarbeitungs- und Verteilstationen. TransportfahrerInnen und VerkäuferInnen, die sich um die Distribution bemühen, müssen ordentlich entlohnt werden. Sie gehören ebenso wie die in der Reinigung, bei den Rettungsdiensten, in der medizinischen Versorgung und vielen anderen Bereichen Arbeitenden zu denen, die dafür sorgen, dass wir alle durch diese schweren Zeiten kommen werden. Langfristig muss klar werden, dass es regionale Wertschöpfung ist, die uns alle schützt. Es muss verstanden werden, dass die Grundlage unserer Ernährung, die landwirtschaftlichen Böden in die Hände von regionalen BäuerInnen gehören und nicht in die Hände von InvestorInnen und überregionalen oder nichtlandwirtschaftlichen Unternehmen.

Solidarisch agieren

Wir brauchen ein agrarstrukturelles Leitbild und daraus folgende Konsequenzen, die dazu führen, dass eine Vielzahl junger, nachhaltiger und mittlerer Betriebe in unserer Region entstehen können. Wir brauchen eine gezielte Förderung für Ausbildungen im weiterverarbeitenden Lebensmittelhandwerk und Schaffung einer Vielzahl von Betrieben auch in diesem nachgelagerten Sektor. Es kann nicht sein, dass ein Fehlen für ganze Produktarten in der Weiterverarbeitung dazu führt, dass sie in der Region kaum noch auf dem Acker vorkommen. Es kann auch nicht sein, dass die Marktmacht von wenigen Molkereien oder Schlachtbetrieben dazu führt, dass die Versorgung der Bevölkerung im Zweifelsfall nicht sichergestellt ist oder die LandwirtInnen durch den aus der Konzentration resultierenden Preisdruck am Rande ihrer Existenz agieren. Ebenso,



Julia Bar-Tal arbeitet mit Pferden auf dem Hof Bienenwerder vor den Toren Berlins Foto: privat

wie wir lokal agieren und global denken müssen, müssen wir es jetzt bei dem Ausbruch dieser bedrohlichen Erkrankung schaffen, kurzfristig und langfristig solidarisch zu agieren. Langfristig heißt, die Strukturfrage zu stellen und konkret anzugehen. Ansonsten wird es dabei bleiben, dass der Ausbruch von Covid-19 als isoliertes Geschehen behandelt und gesehen wird. Wir werden den Schmerz von Verlust und Trauer ertragen, wir werden im besten Fall gut aufeinander achtgeben und danach wird politisch und medial zum unspektakulären Alltag der Ungerechtigkeit zurückgekehrt – bis zur nächsten Katastrophe. Kurzfristig heißt, zu sehen, wie wir uns nun als Gemeinschaft verhalten können. In Städten und Gemeinden entstehen jetzt schon nachbarschaftliche Initiativen zur gegenseitigen Unterstützung.

Wie weiter arbeiten?

Wir brauchen die Einsicht, dass eine weitere schnelle Ausbreitung des Virus, wenn sie uns betrifft und krank macht, auch zu Arbeitsausfällen in unserem Sektor führen kann. Das wiederum würde die Versorgung der Region belasten. Es geht bei dieser Anmerkung also in keinem Fall darum, dass wir größeren Schutz als alle anderen fordern oder in irgendeiner Form gefährdet sind. Es geht aber darum, uns im Zweifelsfall zu überlegen, wie wir in allen Bereichen der Wertschöpfungskette von Produktion auf unseren Höfen, über Weiterverarbeitung bis hin zur Verteilung von Lebensmitteln das Ansteckungsrisiko möglichst gering halten können. Es geht auch darum, im Zweifelsfall zu überlegen, wie wir unsere Betriebe aufrechterhalten können, wenn die Wirtschaft um uns herum zerfällt. Wir alle in der Region sind schon aufgrund der letzten Dürrejahre massiv

unter Druck geraten und nicht zuletzt aufgrund einer jahrzehntelangen verfehlten Agrarpolitik. Seit Jahrzehnten gehen in Deutschland jedes Jahr tausende Landwirtschaftsbetriebe verloren. Die letzten Monate waren gekennzeichnet von den berechtigten Protesten tausender LandwirtInnen. Wir werden ebenso wie das Reinigungspersonal in der Charité unsere Proteste einstellen, damit wir für die Lebensmittel sorgen können, wenn jetzt diese schwierige Situation auf uns alle zurast. Unsere Arbeit wird als selbstverständlich genommen und ist es eigentlich schon lange nicht mehr. Sollte es durch den Ausfall von Importen zu Lebensmittelengpässen kommen, werden wir alles tun, um weiterhin und erst recht gute Lebensmittel für die Menschen in unserer Region zu produzieren. Ich hoffe im Namen meines gesamten Berufsstandes sprechen zu können, wenn ich sage: Wir werden uns nicht in einer Situation von Mangel dazu hinreißen lassen, unsere Produkte nur noch Menschen mit den entsprechenden finanziellen Mitteln zugänglich zu machen. Wir werden dafür eintreten, dass Lebensmittel allen Menschen gleichermaßen zukommen, egal welchen Hintergrund an finanziellen Möglichkeiten, Herkunft, Bildung, Sprache oder Kultur sie haben. Wir werden aus Solidarität arbeiten und nicht gewinnorientiert. Im Ernstfall werden wir noch dringlicher als ohnehin schon überlegen müssen, wie wir den sozialen Fragen rund um die Preise und Erreichbarkeit von Lebensmitteln begegnen, aber wir werden die Unterstützung der Gesellschaft dafür brauchen – mit oder ohne Corona.

Julia Bar-Tal,
AbL-Bäuerin in Brandenburg

Der ganze Text auf:
www.bauernstimme.de

„Green Deal wird ausgehöhlt, bevor er Formen annimmt“

Hannes Lorenzen vom europäischen Agrarpolitik-Aktionsbündnis Arc 2020 zur GAP in Zeiten von Corona

Unabhängige Bauernstimme: Demnächst soll die Farm-to-Fork-Strategie, die Bestandteil des Green Deals der EU ist, inhaltlich vorgestellt werden. Gibt es schon Konkretes, von dem man weiß, dass es drin steht?

Hannes Lorenzen: Es gibt bereits ein Dokument, das in die Konsultation gegangen ist. Zwar wird ständig beteuert, dass die unterschiedlichen Prozesse Green Deal, Farm to Fork, Long-term Rural Vision und GAP gut koordiniert sind, aber daran sind vier oder fünf Generaldirektionen beteiligt und die erste Fassung des Farm-to-Fork-Dokuments besteht aus vagen Absichtserklärungen. Da kann man alles drin lesen und nichts. Siehe <https://www.arc2020.eu/food-fight-the-farm-to-fork-strategy-vs-cap/>



Bislang ging man ja auf Kommissions-ebene mit Formulierungen wie „signifikante Pestizidreduktion“ und mit dem Aussparen des Umgangs mit Gentechnik und neuen Züchtungstechniken Konflikten verschiedener Interessengruppen aus dem Weg.

Pestizidreduktion oder neue Gentechnikzulassung wird bei der Kommission derzeit nicht als politische Priorität im Rahmen der GAP-Reform gesehen. Der Prozess der Ausformulierung der Maßnahmen zur Umsetzung der neuen GAP ist ja wegen der Ausbreitung des Coronavirus praktisch ausgesetzt. Konsultationen sind gestoppt, die nationalen strategischen Pläne werden im Homeoffice notdürftig weiter bearbeitet. Dass das EU-Parlament seinen Zeitplan einhalten kann, bis zur Sommerpause zu einer Position für Verhandlungen mit dem Rat zu kommen, ist sehr unwahrscheinlich. Auch die deutsche Präsidentschaft wird die Verhandlungen bis Ende 2020 nicht zu Ende bringen, es sei denn im Notverfahren, wegen der zu erwartenden neuen Bedingungen für den gemeinsamen Agrarhaushalt.

Was heißt denn das, mit was für Bedingungen muss man rechnen?

Frau van der Leyen hat ja jetzt die Schleusen geöffnet für ein europäisches Rettungspaket in der Corona-Krise. Sie hat damit politisch die Strukturfonds zur Umverteilung freigegeben. Das Geld wird nicht reichen. Von daher ist zu erwarten, dass es zu neuen Vorschlägen der mittelfristigen Finanzplanung kommt, wenn die Not in allen Bereichen zunimmt. Schon jetzt wird in der Kommission über eine Lockerung der ohnehin weichen Kriterien zum Klimaschutz und zur Erhaltung der Biodiversität nachgedacht. Der Green Deal wird ausgehöhlt, bevor er überhaupt konkrete Formen annimmt. Frau van der Leyen hat den Mann auf dem Mond als Vergleich für ihre großen Klima- und Nachhaltigkeitsambitionen bemüht. Ich sehe da bisher nur graue Wüste.

Ursprünglich hieß es, der Ökolandbau solle gefördert werden, aber wird es auch um eine effektive Durchsetzung einer grundsätzlichen Extensivierung der Landwirtschaft, sprich beispielsweise wirklicher integrierter Pflanzenschutz, Förderung weiterer Fruchtfolgen usw. gehen?

Die Kommission hat ihren Vorschlag für eine neue GAP schon vor 16 Monaten vorgelegt und nicht verändert. Das neu gewählte Parlament hat sich mehr Zeit genommen, um die noch nicht abgeschlossenen Beratungen des letzten Parlaments neu zu prüfen. Die bisherigen Vorschläge für Änderungen deuten nicht daraufhin, dass das Parlament substanzielle Änderungen hinsichtlich Klimaschutz und agrarökologischer Umsteuerung verabschieden wird. Allerdings könnte der aktuelle Shutdown der Arbeit der EU-Institutionen dazu führen, dass die EU-Kommission die Übergangszeit verlängert, also die aktuelle Politik weiterlaufen lässt, bis EU-Parlament und Rat die neue GAP im Licht der neuen Lage „nach Corona“ bearbeitet haben, oder sie zieht den Vorschlag zurück und macht einen neuen.

Gleichzeitig konkretisieren die Mitgliedsstaaten ihre strategischen Pläne im Hinblick auf die GAP. Der Fokus der GAP, so bislang die Kommissionsvorschläge, liegt im Wesentlichen nach wie vor auf Einkommensstützung über die erste Säule. Farm to Fork formulierte in einem ersten Papier Reduktionsziele – ohne konkrete Zielgrößen zu benennen

– für Pestizide, Düngung, Antibiotika. Lässt sich das noch zusammenbringen?

Sehr wahrscheinlich lässt sich das nicht mehr zusammenbringen. Entweder werden in der Krise die Beharrungskräfte siegen und die Förderung aus der ersten Säule wird mit einigen Bedingungen einfach fortgesetzt, weil alle neuen Maßnahmen viel komplexer sein müssen und mehr Beteiligung der verschiedenen Interessengruppen voraussetzen; oder es wird einen Neuanfang der Beratungen geben, weil sie sowohl politisch als auch aus der Perspektive der noch vorhandenen Haushaltsmittel schlicht notwendig geworden sind

Und Corona: Neben der Frage, inwieweit nun Entscheidungsprozesse durch die Einschränkungen verändert werden, stellt sich ja auch die Frage: Wird nun angesichts einer globalen Krise anders über globalisierte Märkte nachgedacht? Bekommt der Binnenmarkt gerade im Hinblick auf Landwirtschaft wieder mehr Bedeutung, wird die GAP unter Umständen wieder europäisch-gemeinschaftlicher?

In dieser Krise ist der Trend eindeutig national. Rette sich, wer kann! Es wird eine massive Neuverschuldung geben und in jedem Mitgliedstaat wird gefragt, was tut unsere Regierung für uns, nicht: was tut sie für den Rest von Europa? Es wird die gleiche Diskussion geben wie bei Flüchtlingen: wir zuerst. Die Grenzen wurden für Flüchtlinge und das Virus geschlossen und viele Mitgliedstaaten werden das zum Anlass nehmen, auch in der Agrarpolitik wieder mehr national zu denken, weil neu verteilt wird.

Was bedeutet Corona im Hinblick auf die globale Klimapolitik?

Sie rückt im Moment eindeutig in den Hintergrund. Das Virus ist jetzt, das Klima ist später. Die Klimapolitik braucht radikale Umsteuerung in den kommenden Jahren, das Virus muss jetzt gestoppt werden und verschlingt in den kommenden Jahren so viel öffentliches Geld, dass für eine radikale Umsteuerung in Sachen Klima die Ressourcen nicht mehr zur Verfügung stehen. Es sei denn, der wirtschaftliche Schaden durch das Virus ermöglicht danach auch die notwendige Umsteuerung für den Klimaschutz. Dazu müsste ein Paradigmenwechsel eigentlich augenblicklich stattfinden. Darauf sind wir nicht vorbereitet.

Vielen Dank für das Gespräch!

cs



Gemeinsam in Europa

Wir von Arc 2020 und Forum Synergies, unsere Partner und Freunde, wollen mit unserer Webseite www.arc2020.eu einen Ort bieten, an dem wir in Kontakt bleiben und den europäischen Geist und die Solidarität am Leben halten. Eure Ideen und Vorschläge werden uns helfen, nicht zu verzweifeln. Und wir werden weiterhin auf den dringend notwendigen Politikwechsel drängen, dann, wenn wir uns wieder strecken können – „nach der Krise“. Der Klimawandel, das Bauernsterben und der Verlust der biologischen Vielfalt gehen weiter. Die Probleme, die wir zu verantworten haben, warten nicht, bis wir das Virus überwunden haben. Arc 2020 möchte Euch dafür gewinnen, dem Zerfall Europas entgegenzuwirken, bevor es zu spät ist. Wir werden auf unserer Website alles darstellen, was der Zusammenarbeit und Stärkung Europas mit Hinblick auf unsere Landwirtschaft und die ländlichen Räume dient. Wir planen eine Videokonferenz über die zukünftige Landwirtschafts-, ländliche Entwicklungs- und Ernährungspolitik. In Zeiten zu großer Entfernung voneinander in Europa können wir uns so wieder näher kommen.

Hannes Lorenzen

Gemeinwohlprämie für neue GAP

Überarbeiteter DVL-Vorschlag für Öko-Regelungen der EU-Agrarpolitik

Im Zuge der laufenden Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) hat die EU-Kommission bekanntlich vorgeschlagen, dass alle Mitgliedstaaten in Zukunft den landwirtschaftlichen Betrieben neue Förderangebote für freiwillige Umweltleistungen machen müssen. Bezeichnet werden sie als „Öko-Regelungen“ (Eco-Schemes), die aus Mitteln der Direktzahlungen (1. Säule) finanziert werden. Geht es nach dem Europäischen Parlament, sollen die Mitgliedstaaten ab dem Jahr 2022 oder 2023 mindestens 20 Prozent ihrer Direktzahlungen hierfür einsetzen. Für die Umsetzung dieser neuen Öko-Regelungen in Deutschland hat der Deutsche Verband für Landschaftspflege (DVL) jetzt ein überarbeitetes Konzept der „Gemeinwohlprämie“ vorgelegt. Dafür hat der Verband, in dem Naturschutz, Landwirtschaft und Politik bzw. Kommunen gleichberechtigt vertreten sind, mehrere agrarwissenschaftliche Studien in Auftrag gegeben und die Ergebnisse in sein Punktesystem eingearbeitet. Auf dem Tisch von Bund und Ländern, die gerade über mögliche Maßnahmen brüten, liegt damit nun ein aktualisierter konkreter Vorschlag.

19 Maßnahmen zur Auswahl

Der DVL hat einen Katalog von insgesamt 19 umweltbezogenen Maßnahmen zusammengestellt, die bundesweit anwendbar sind und sowohl Ackerland und Grünland als auch Sonderkulturen abdecken. Auf dem Acker können Punkte gesammelt werden z.B. mit „kleinteiliger Ackerbewirtschaftung“ (Schläge unter 10 ha), Sommergetreide, Leguminosen, unbearbeitete Stoppeläcker, Blühflächen, Brachen oder „Verzicht auf chemisch-synthetische Pflanzenschutzmittel und Mineraldünger“. Beim Grünland gibt es Punkte für „kleinteilige Grünlandbewirtschaftung“ (Schläge unter 10 ha), Dauergrünland, Weide, Alt-

gras- und Saumstreifen, Verzicht auf chemisch-synthetische Pflanzenschutzmittel und Mineraldünger (wahlweise auch mit Verzicht auf organische Düngung) und „Streuobst mit Grünlandnutzung“. Die Punkte werden je Hektar entsprechender Fläche vergeben. Die Punktzahl je Hektar reicht dabei von 1 bis 12 Punkten, je nach Gesamtleistung der Maßnahme für Artenvielfalt, Klima- und Wasserschutz. Zudem können alle Betriebe mit ausgeglichenen Hoftor-Bilanzen für Stickstoff und für Phosphor weitere Punkte erreichen. Die Punkte aus allen Maßnahmen des Betriebes werden zusammengezählt.

Bonus für Maßnahmen-Vielfalt

Damit die Betriebe möglichst mehrere Maßnahmen auswählen und umsetzen, hat sich der DVL in Zusammenarbeit mit Prof. Latacz-Lohmann (Uni Kiel) einen besonderen Anreiz einfallen lassen: Setzt ein Betrieb mindestens vier verschiedene Maßnahmen auf jeweils einem Mindestflächenanteil um, gibt es Zusatzpunkte: Bei vier Maßnahmen wird die Gesamtpunktzahl um 10 Prozent erhöht; bei fünf Maßnahmen um 11 Prozent usw. Dieser Bonus stärkt gezielt vielfältige Betriebe, besonders wenn sie sowohl Acker- und Grünland und zudem noch eher kleinere Flächen bewirtschaften. Die Gesamtpunktzahl des Betriebes, gegebenenfalls durch den Bonus entsprechend erhöht, wird schließlich mit einem Punktwert von 50 Euro je Punkt multipliziert und ergibt so die Gemeinwohlprämie. Sie wird zusätzlich zu den geplanten Direktzahlungen (Basisprämie, Erste-Hektar-Prämie, JunglandwirtInnen-Prämie) und auch zusätzlich zu Maßnahmen der 2. Säule (ohne Doppelförderung) gewährt. Die Gemeinwohlprämie ist laut DVL so bemessen, dass davon auch ein finanzieller Anreiz für die Betriebe ausgeht – Gemeinwohlleistungen sollen sich lohnen.

Ähnlichkeiten mit AbL-Ansatz

Einiges aus dem DVL-Vorschlag findet sich ähnlich auch im AbL-Punktesystem zur Honorierung gesellschaftlicher Leistungen, besonders im Maßnahmenkatalog. Unterschiede liegen u.a. darin, dass der AbL-Vorschlag aus 2017/18 die Tierhaltung stärker einbezieht, die Punkte auch für den Erste-Hektar-Aufschlag nutzt und die Degression mit ins System integriert. Wichtiger als die Unterschiede waren in der AbL-Beiratssitzung Anfang März aber die Gemeinsamkeiten. Es gehe jetzt darum, dass Bund und Länder so viel wie möglich davon übernehmen, hieß es dort. *uj*



Rinder und Corona

Bauern und Bäuerinnen mit Mastrindern berichten im Moment von großen Schwierigkeiten, ihre Tiere an Schlachthöfe zu vermarkten. Offenbar gibt es personelle Engpässe – ob nun durch eingeführte Krisenmanagement-Schichtsysteme oder durch das Ausbleiben osteuropäischer Arbeitskräfte –, die dazu führen, dass weniger Schlachtvieh abgenommen wird. Die Preise verfallen, Tiere belegen auf den Höfen Platz und fressen Futter, das für sie zum Teil weder vorgesehen noch vorhanden ist. Das betrifft nicht nur Mäster, sondern auch Milch- und Mutterkuhhetriebe. Können Schlachttiere schließlich angeliefert werden, passen sie oft nicht mehr in die Abrechnungsmasken, was den Preis weiter drückt. Währenddessen berichten Verarbeiter auch in der Fleischbranche von Absatzsteigerungen aufgrund des vermehrten Kaufs von Lebensmitteln. *cs*



Kartoffeln und Corona

Der Absatz von Kartoffeln erfährt im Zusammenhang mit der Corona-Krise einen starken Anstieg, melden der deutsche Kartoffelhandelsverband DKHV und auch der Bio Kartoffel Erzeuger e.V. als Zusammenschluss der verbandlich organisierten Bioanbauer. Dabei mache es wenig Sinn, so Vertreter der Erzeuger, Kartoffeln gerade zum Frühjahr hin zu „hamstern“, da sie mit den mildereren Temperaturen schneller zur Keimung neigten. Es gebe genug Ware in deutschen Kühllägern, um dem geänderten Verhalten vieler Verbraucher – es wird wieder mehr zu Hause gekocht – kontinuierlich nachkommen zu können. Damit am Ende nicht pflaumige und verkeimte Kartoffeln in der Komposttonne landen, empfehlen Kartoffelbauern eine kühle und dunkle Lagerung und einen bedarfsgerechten Einkauf. *cs*



Corona in Großbritannien

Ohne die Gemüsebox von Riverford wüsste ich nicht, was es bei uns heute zu essen gibt, geschweige denn, wie es in den nächsten Wochen weiter gehen soll. Auch meine Freunde berichten von leeren Obst- und Gemüseregalen und Kühltheken ohne Fleisch, Milch, Butter und Käse. Frische Ware bekommt zumindest in London nur, wer zufällig im Laden ist, wenn eine Lieferung eintrifft. Die Erwartung, Nudeln, Reis oder gar Toilettenpapier kaufen zu können, hat sowieso niemand mehr. Aber wir sollen ja auch alle online shoppen. Das versuche ich seit letzter Woche. Die großen Supermärkte liefern aber nur an bisherige Online-Kunden – einer meiner Freunde konnte einen Termin ergattern: die Lieferung kommt in drei Wochen. Der Liefersdienst bei dem wir bisher gelegentlich geordert haben hat eine virtuelle Warteschlange, um bestehende Bestellungen zu ändern, neue buchen kann man nicht. Und das alles obwohl die Briten nach Aussage der Vereinigung der Lebensmittelhändler Nahrungsmittel und Haushaltsartikel im Wert von zwei Milliarden Pfund gehortet haben. Dass ich das alles erstaunt aber ohne Panik zur Kenntnis nehmen kann verdanke ich unserer Biogemüsebox. Riverford wurde vor gut 30 Jahren von Guy Watson, einem Farmer in Westengland, gegründet. Bis heute ist Riverford ein Zusammenschluss von Landwirten und landwirtschaftlichen Kooperativen, der Vertrieb ist im Besitz der Mitarbeiter. In einer normalen Woche liefert Riverford 55.000 Gemüseboxen, Fleisch, Eier und Milchprodukte an Kunden in England. Gerade sind es noch weit mehr. Aber während man zuvor rund 100 Produkte – von Oliven und Humus bis zu Müsli und Marmelade – zusätzlich ordern konnte, gilt das nur noch für Milch und Eier. *ml*

Marianne Landzettel (ml) ist Journalistin und lebt mit ihrem Mann in London. Sie berichtet immer wieder in der Bauernstimme über aktuelle Entwicklungen in England und den USA



Insektenschutz nur mit den Bauern

Die AbL drängt beim Volksbegehren Artenvielfalt in Niedersachsen auf Gegenfinanzierung

Wie bereits in anderen Bundesländern, könnte auch in Niedersachsen im Frühjahr ein Volksbegehren zum Schutz der Artenvielfalt starten. Träger sind der NABU, der Verband der Erwerbsminderer und die Grünen, zusätzlich gibt es Dutzende von Unterstützern. Vorausgegangen waren Gespräche der Umweltverbände BUND und NABU mit der niedersächsischen Landesregierung, bei denen ein Forderungspapier zum Artenschutz überreicht worden war. Für die Ungeduld von Umweltschützern mit dieser niedersächsischen Landesregierung hatte die AbL Niedersachsen großes Verständnis. Auch wir als Vertreter der Interessen von bäuerlichen Betrieben sahen mit Sorge und Ärger, dass die Regierung aus SPD und CDU wichtige Handlungsfelder nicht anpackte. Es drohten weitere drei Jahre des Stillstands in der Agrar- und Umweltpolitik. Deshalb ist ein Volksbegehren grundsätzlich ein sehr geeignetes und besonders demokratisches Verfahren, wichtigen Forderungen Nachdruck zu verleihen und die Landespolitik zum Handeln zu zwingen. Auch ist nicht zu bezweifeln, dass die allermeisten Ideen des Forderungspapiers und auch des späteren Entwurfes zum Volksbegehren für Natur und Umwelt förderlich und wahrscheinlich geeignet sind, dem Arten- und besonders dem Insektensterben entgegenzuwirken. Im Einzelnen geht es vor allem um Gewässerrandstreifen, Biotopvernetzung, Grünlandschutz, Reduzierung von Pflanzenschutzmitteln und Ausbau des ökologischen Landbaus.

Gegenfinanzierung

Allerdings hatte der AbL-Vorstand auch erhebliche Bedenken bezüglich des Volksbegehrens, denn alle angeführten Maßnahmen tragen dazu bei, die Landbewirtschaftung zu erschweren, ihre Kosten zu erhöhen und die Erträge zu verringern. Besonders in Niedersachsen mit seinen ohnehin schon sehr hohen Pachtpreisen würde allein der Wegfall der Gewässerrandstreifen bei der Berechnung der zulässigen Düngermenge zu einer weiteren starken Verschärfung der Flächenkonkurrenz führen, gerade vor dem Hintergrund der erneuten Verschärfung der Düngeverordnung. Unter den Bedingungen der nach wie vor propagierten Weltmarktorientierung und der extrem schwachen Position der Bauern in der Wertschöpfungskette und vor allem der

undifferenzierten Auszahlung der Direktzahlungen rein nach der bewirtschafteten Flächengröße könnte das Ergebnis der Umsetzung dieser Vorschläge eine weitere Verdrängung kleinerer und mittlerer bäuerlicher Betriebe durch agrarindustrielle Großbetriebe sein. Also könnte das Volksbegehren dazu beitragen, gerade die bäuerlichen, etwas extensiver wirtschaftenden Betriebe in Bedrängnis zu bringen.

Forderungen

Deshalb stellte die AbL, die schon sehr früh in die Beratungen zum Volksbegehren einbezogen wurde, neben inhaltlichen Verbesserungen und Ergänzungen drei sehr grundsätzliche Forderungen auf:

1. Die anstehende GAP-Reform muss genutzt werden, um die Direktzahlungen zu qualifizieren und zu differenzieren. Ein guter Vorschlag hierfür ist das Punktesystem der AbL. Alle im Volksbegehren vorgeschlagenen Maßnahmen (und noch viele weitere gute Ansätze für Natur und Klima) würden damit in Wert gesetzt und könnten die höheren Kosten und Ertragsminderungen durch diese Maßnahmen auffangen.

2. Die hiesigen Landwirte, die immer höhere Auflagen zu erfüllen haben, können nicht mit Weltmarktpunkten konkurrieren, die zu wesentlich geringeren Standards erzeugt werden! Die europäische Landwirtschaft braucht weiterhin einen guten Außenschutz. Freihandelsabkommen wie das gerade zur Verabschiedung anstehende Mercosur-Abkommen sind abzulehnen, solange sie nicht fairen Handel und gleiche Standards garantieren. Generell muss die Weltmarktorientierung der europäischen Landwirtschaft auf den Prüfstand, und für den Fall von Marktkrisen sind wirksame Kriseninstrumente einzuführen.

3. Die sehr schwache Marktposition der Landwirtschaft muss verbessert werden, ihr Anteil an den Gewinnmargen im Lebensmittelbereich muss steigen, und Verbrauchern muss klar sein, dass höhere Standards ihren Preis haben.

Regierungsentwurf

Einige inhaltliche Verbesserungen nahmen die Initiatoren daraufhin in ihren Entwurf auf, und sie bemühten sich auch, soweit in einem Gesetzestext möglich, die Kompensation der Auflagen

festzuschreiben. Allerdings gab es auch von Seiten der Landesregierung durchaus Bewegung. Die AbL stellte sich auf den Standpunkt, dass ein von der Regierung eingebrachter Gesetzentwurf schneller und sicherer als ein Volksbegehren mit ungewissem Ausgang zu deutlichen Verbesserungen für den Artenschutz führen könnte. Außerdem kann man eine Regierung viel klarer auf Konzepte zur Gegenfinanzierung „festnageln“ als ein Bündnis aus NGOs und Oppositionsparteien. Ebenso wie der BUND und große Teile des niedersächsischen Agrarbündnisses plädierten wir für ein weiteres Ausloten der Vorschläge von Umwelt- und Landwirtschaftsministerium und einen Aufschub des Volksbegehrens. Vor dem Hintergrund der inzwischen angelaufenen Proteste von Land schafft Verbindung kam noch die Befürchtung hinzu, ein Start des Volksbegehrens würde die Situation weiter verschärfen und Landvolk und CDU und FDP eine willkommene Steilvorlage bieten, Wut und Frust der Bauern wieder mal auf die bewährten Feindbilder, nämlich NGOs aus dem Umweltbereich und Grüne, zu lenken. Eine nachhaltige Belastung des Verhältnisses zwischen Landwirtschaft und Umweltschutz könnte die Folge sein. Das würde die Gräben vertiefen und die eigentlich nötige Annäherung auf Jahre hinaus behindern und die Beziehungen nachhaltig belasten. Deshalb sagten wir in Abstimmung mit dem niedersächsischen Agrarbündnis sogar die für den 21. März geplante WHES-Regionaldemo in Olden-

burg ab. Sie hätte unter dem Motto „Wir können auch anders“ gerade das Miteinander von Landwirtschaft und Gesellschaft und den anstehenden Gesellschaftsvertrag zum Thema haben sollen, was unserer Meinung nach nicht zum Volksbegehren gepasst hätte. Außerdem musste mit Gegendemos von Land schafft Verbindung gerechnet werden. Dann hätten Bauern gegen Bauern demonstriert, ein Bild, das unbedingt vermieden werden musste. Dennoch kündigten die Träger, auch gegen erhebliche innerverbandliche und -parteiliche Bedenken, am 2. März mit einer Pressekonferenz den Start ihres Vorhabens an. Allerdings machte das Corona-Virus ihnen einen Strich durch die Rechnung, und knapp zwei Wochen danach wurde die Entscheidung bekannt gegeben, zunächst einmal für fünf Wochen den Beginn der Unterschriftensammlung aufzuschieben. Wer weiß, wie sich die Situation bis dahin entwickelt. Die Atempause sollte genutzt werden, um gemeinsame Lösungen zu finden. Gefordert ist jetzt die Landesregierung, schnell zu einem Abschluss der Verhandlungen mit den Umweltverbänden zu kommen, der auch einen finanziellen Ausgleich für Landwirte garantiert. Letztlich kann ein wirksamer Schutz von Umwelt, Klima, Artenvielfalt und besonders der Insekten, nur mit einer echten, ganzheitlichen Agrarwende MIT möglichst vielen Bäuerinnen und Bauern und nicht gegen sie gelingen.

Ottmar Ilchmann, AbL-Landesvorsitzender Niedersachsen



Schützen und Nützen lässt sich nur mit den Bauern machen

Foto: Hermsdorf/pixelio

Milchpreise, Fütterung und Tiergesundheit

Die Themen der Milchtagung in Hardehausen waren spannend und vielfältig

Auf der Suche nach Erklärungen, neuesten Ergebnissen der Forschung und praktischen Tipps für den eigenen Betrieb trafen sich Anfang März Milchbäuerinnen und -bauern in Hardehausen zur jährlich stattfindenden Milchtagung. Die Veranstaltung ist eine Kooperation der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL), des Versuchsbetriebs der Universität Kassel und der katholischen Landjugendbewegung (KlJB). Nach einführnden Worten des Vorsitzenden der Upländer Bauernmolkerei, Josef Jacobi, eröffnete der im Vorstand der MEG Milchboard tätige Milchbauer in Sachsen-Anhalt, Frank Lenz, den inhaltlichen Teil. Schon seit mehreren Jahren lässt die MEG Milchboard einen Milchmarker-Index erstellen, der Aufschluss über das Verhältnis der Produktionskosten zu den Milchauszahlungspreisen gibt. Im Vergleich zum Bezugsjahr 2015 hatten die Milcherzeuger im Jahr 2019 (vorläufige Werte) im Schnitt knapp 8 Prozent höhere Erzeugungskosten und damit eine Unterdeckung von 22 bis 23 Prozent. Den Betrieben fehlen damit im Schnitt 0,78 Cent pro kg Milch. Verwundert zeigte sich Lenz beim Vergleich des konventionellen mit dem Bio-Milchpreis. Der blieb im Jahresverlauf 2019 mit 47,6 ct/kg annähernd konstant, während der konventionelle auf 33,8 ct/kg abrutschte. „Der Milchpreis hängt nicht von der Wertschöpfung der Molkerei ab“, so die Schlussfolgerung von Lenz, „sondern orientiert sich am geringsten [Preis].“ Aber auch die Biomilcherzeuger litten unter zu geringen Auszahlungspreisen. Die Erzeugungskosten lägen 12,7 ct/kg über dem Auszahlungspreis, abzüglich der Förderung sogar um 24,4 ct/kg. Vor dem Hintergrund der andauernden Unterdeckung wunderte sich Lenz „Wie bekommen wir das hin?“ und blickt zu den Nachbarn im europäischen Ausland, die seiner Aussage nach auch nicht kostendeckend arbeiten. In Dänemark, so Lenz, könne durch vermehrten Technologieinsatz um ca. 2 ct/kg günstiger produziert werden. Nach vorne blickend sähe man Mengensteigerungen in Polen, Tschechien und Irland.

Hürden der Milchvermarktung

Von den Schwierigkeiten einer unabhängigen Milchvermarktung berichtete Randy Aller aus Rheinland-Pfalz. Die Milcherzeugergemeinschaft (MEG)



Spannende Referenten in historischen Gebäuden zum Thema Milch

Fotot: Jasper

Rheinland-Pfalz und Saarland, deren Sprecher Aller ist, hat in den vergangenen Jahren viele Erfahrungen sammeln müssen, nachdem ihr Abnehmer, die Berliner Milcheinfuhr-Gesellschaft (BMG), über Nacht ihren Betrieb einstellte und die Milch nicht mehr abholte. Aller berichtet von der Eigeninitiative der Betriebe, denen es gelungen sei, trotz des plötzlichen Wegfalls keinen Liter Milch wegzuschütten. Was am Anfang vor allem Krisenmanagement war, bleibt aber bis heute schwierig: die Suche nach neuen verlässlichen Abnehmern, die auch einen angemessenen Preis bezahlen. Vor dem Hintergrund der gestiegenen Milchmengen sei dies keine leichte Aufgabe. Insbesondere für die biologisch wirtschaftenden Kollegen sei es schwierig gewesen, einen Abnehmer zu finden. Heute wird die Biomilch ins Allgäu gefahren, wobei die erhöhten Transportkosten zu Lasten der Bauern gehen. Besonders problematisch, so Aller, sei das Abhängigkeitsverhältnis von den Molkereien. Auch eine MEG, in der 45 Mio. kg Milch und 9 Mio. kg Biomilch organisiert seien, habe es schwer, die berechtigten Forderungen ihrer Mitglieder gegenüber den Molkereien durchzusetzen, bis dahin, dass an einem Überschussmarkt überhaupt ein Abnehmer gefunden wird.

Wachsender Absatz

Dass es gelingen kann, trotz steigender Produktionsmengen einen Preisverfall zu verhindern, zeigte Rüdiger Brüggemann von der Bioland-Koordinationsstelle Milch. Trotz eines starken Wachstums im Wirtschaftsjahr 2018/19 durch viele Neuumsteller seien die Molkereien bedächtig vorgegangen und

hätten so einen Preisverfall verhindert. Brüggemann berichtete, dass zunehmend mehr Biomilcherzeuger in Erzeugergemeinschaften organisiert seien. Vor allem die Bio-MEG Nord und Süd seien wichtige Organisationen, um mit den Molkereien auf Augenhöhe verhandeln zu können.

Deutliche Unterschiede gebe es bezüglich der regionalen Verteilung. Während im Süden eine gute Abdeckung mit Biomolkereien gegeben sei, würden diese nach Norden und Nordosten deutlich weniger, sodass die Abhängigkeit der Betriebe steige.

Du bist hier der Chef

Einen kleinen Einschub nach der Mittagspause machte Nicolas Bartholomä. Kurz und prägnant erklärte er die Initiative „Du bist hier der Chef“, in der die Verbraucher ein „eigenes“ Produkt konzipieren. Die Teilnehmer wählen ein Produkt (Milch, Eier, etc.), für das anhand eines Fragebogens die Produktionseigenschaften (Bio, konv., ohne Gentechnik, Weide, usw.) festgelegt werden, die natürlich einen direkten Einfluss auf den Preis haben. Im Anschluss wird ein Produzent gesucht und das eigene Produkt dann ganz real am Markt etabliert. Eine Initiative, die wieder mehr Bewusstsein für die Herkunft der Lebensmittel schaffen will.

Kraftfutterreduziert

Bernhard Osterburg, Agraringenieur am Thünen-Institut, zeigte in seinem Beitrag die Zusammenhänge von Landwirtschaft und Klimawandel auf. Dass eine Reduktion des Kraftfuttereinsatzes in der Milchviehfütterung viele Vorteile bringt, zeigte Katrin Jürgens vom Büro für Agrarsoziologie und Landwirt-

schaft. Ihre Untersuchungen zeigten, dass das Einkommen trotz einer im Schnitt der Testbetriebe um ca. 1.000 kg pro Kuh geringeren Milchleistung mit 29.029 Euro um mehr als 10.000 Euro über demjenigen der verstärkt Kraftfutter einsetzenden Vergleichsbetriebe lag. Neben den rein betriebswirtschaftlichen Auswertungen wird zukünftig noch eine pflanzensoziologische Untersuchung der Uni Göttingen die Studie flankieren, um den Einfluss auf das Grünland zu erfassen.

Gesundes Futter – gesunde Tiere

Den Abschluss machte Rudolf Leifers vom Institut für biologische Landwirtschaft und Agrarkultur in Luxemburg, der von seinen Untersuchungen zur Wirkung der Grundfutterqualität berichtete. Im Fokus stand die ganzjährige Silagefütterung. Vor allem der mikrobielle Abbau von Eiweiß während der Silierung kann hier zu Problemen führen. Verantwortlich hierfür sind in erster Linie Clostridien, wobei nur 35 der über 200 Clostridienarten krankheitserregend sind. 15 dieser pathogenen Arten bilden toxische biogene Amine, die wiederum die Tiergesundheit, z. B. der Klauen, negativ beeinflussen. Minimieren lassen sich derartige Prozesse durch sauberes Futter während der Ernte. Nasse Böden hingegen führen zu Futtermittelverschmutzung. Außerdem solle auf einen ausreichenden Trockenmassegehalt von 35 bis 45 Prozent geachtet werden.

Es war eine der letzten Tagungen vor dem Corona-Shutdown und hoffentlich gibt es im März 2021 keinen Grund mehr, nicht wieder in Hardehausen zusammenzukommen. *mm*

Zukunftskommission mit schwierigem Start

Einigermaßen überraschend gegenüber den vielen anlässlich von Corona geplatzten Terminen fand die Übergabe der Vorstellungen von Land schafft Verbindung (LsV) und dem Deutschen Bauernverband (DBV) an Bundeskanzlerin und Bundeslandwirtschaftsministerin im Hinblick auf die im vergangenen Dezember angeregte Zukunftskommission im März statt. Zwar einen Tag später als ursprünglich geplant und damit eigentlich zu dem Termin, an dem Umweltverbände ihre Vorstellungen dazu einbringen wollten, trafen sich die Verbands- und Politikspitzen. „Die Kommission soll Empfehlungen erarbeiten; dabei kann sie weitere Personen in ihre Arbeit einbinden. Notwendig ist eine ausgewogene Besetzung der Zukunftskommission mit Vertretern der Landwirtschaft, weiterer gesellschaftlicher Gruppen (insbesondere Umwelt-, Tierschutz- und Verbraucherverbände) sowie der Wissenschaft. Die Berufung wird jetzt innerhalb der Bundesregierung vorbereitet. Dazu gehört die Einrichtung eines Sekretariats beim Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft“, so das BMEL. Die Mitglieder eines zu bildenden Lenkungsorgans sollen von der Bundesregierung berufen werden. Die Vorstellungen von LsV und DBV seien nur ein erster Aufschlag. Umweltverbände kritisierten das Vorgehen, insbesondere ihre Nichtbeteiligung als einen schlechten Auftakt. Einmal mehr brachten sich die Landfrauen als Vermittlerinnen ins Spiel. Im Sommer soll die Zukunftskommission ihre Arbeit aufnehmen. **cs**

Faule Verhandlungen um Chlorhühnchen

Die vorliegenden zwei Verhandlungsmandate, auf deren Grundlage die EU die von den USA angedrohten Autozölle verhindern will, schließen eine Standardabsenkung, allen voran im Agrarsektor, offiziell aus. Das schmeckt den USA und deren Agrarlobby ganz und gar nicht. In jüngster Zeit fällt der neue EU-Handelskommissar Phil Hogan immer wieder mit Äußerungen auf wie etwa: Eine lange Liste von Handelshemmnissen (also Standards, Anm. der Red.) könnte aufgelöst werden, und er habe einen Blick auf diese Handelshemmnisse, um das Thema Landwirtschaft doch auf den Verhandlungstisch zu bringen, so zitiert ihn das Magazin „Politico“. Corporate Europe Observatory (CEO), kritische Beobachter in Brüssel, analysieren, die EU-Kommission könne über andere Wege die Standards lockern und damit den USA entgegenkommen. Das prominenteste Beispiel wäre das „Chlorhühnchen“. In den USA werden die Schlachtkörper von Hühnern mit Substanzen wie Chlor oder organischen Säuren besprüht, dadurch können Hygieneprobleme insbesondere in industriellen Schlachtunternehmen vertuscht werden. Gängig in den USA, gänzlich verboten in der EU – bislang. Im Jahr 2013 hat die EU-Kommission die Oberflächenbehandlung von Rindfleisch mit Milchsäure zugelassen. Damit kam sie damals den USA bei den anstehenden TTIP-Verhandlungen entgegen. Gleiches könnte sie auch für Geflügel- und Schweinefleisch zulassen. **bet**

Gentechnikzulassung beschleunigen

Gentechnik statt Autozölle? Bei den aktuellen Verhandlungen zwischen den EU und USA (TTIP) soll die Beschleunigung der Zulassung von gentechnisch veränderten (GV) Pflanzen vorangebracht werden. Laut dem Magazin „Politico“ wollen die USA, dass Europa zukünftig GV-Pflanzen innerhalb von zwei Jahren zulässt. Dies habe auch China im jüngsten Handelsabkommen mit den USA zugesagt. Politico beruft sich dabei auf EU-Beamte und Diplomaten. Ihnen zufolge sollen nicht die rechtlichen Regeln geändert, sondern die Zulassungsverfahren bei der EU-Lebensmittelbehörde EFSA beschleunigt werden. Dies könnte auch bedeuten, dass weniger Daten und Untersuchungen verlangt würden. Schon in der Vergangenheit haben unabhängige Wissenschaftler*innen darauf hingewiesen, dass die bestehenden Zulassungsprüfungen erhebliche Sicherheitslücken aufweisen. So werden Kombinationswirkungen von GV-Pflanzen, die gegen mehrere Herbizide und Fraßinsekten resistent sind, nicht geprüft. Auch Langzeitfolgen werden nicht untersucht. Entsprechend müssen die Standards für die Risikoprüfung verschärft statt abgeschwächt werden. Einer adäquaten Risikoprüfung und wissenschaftlicher Sorgfalt muss Vorrang gegeben werden und den EU-Mitgliedstaaten und Parlamentariern muss genügend Zeit eingeräumt werden, damit sie sich ein umfassendes Bild machen können. **av**

Das Ringen geht weiter

Düngeverordnung, nächste Runde

Es wird unter Umständen auf längere Sicht die letzte große Aktion gewesen sein, zu der Land schafft Verbindung am 5. März erneut tausende Bauern in ganz Deutschland auf ihre Trecker und zu dezentralen Aktionsorten in die Städte mobilisieren konnte. Als Format fand häufig eine Art Podiumsdiskussion mit Vertretern unterschiedlicher politischer Parteien und gesellschaftlicher Gruppen statt. So auch in Hamburg. Bei noch zartem Vorfrühlingswetter hatten an die 1.500 Trecker um den Tschaikowsky-Platz bei den Messehallen geparkt. Wie schon häufiger blieb man unter sich, kaum verirrt sich Passanten auf den Platz mit der russisch-orthodoxen Kirche, ein paar Handwerker während ihrer Mittagspause, zwei rollschuhfahrende Mädchen. Zumindest in die Diskussionsrunde auch ein paar andere Stimmen einzufangen, war Land schafft Verbindung gelungen: kommunale Politikvertreter, Bioland, Greenpeace, ein Hamburger Agrarhändler, aber auch der Bauernverband. Man sei in den letzten Wochen auf viel Verständnis in Politik und Gesellschaft gestoßen, aber erreicht habe man nichts, konstatierte Stefan Strube, Moderator und Ackerbauer aus Holstein. „Die Politik hat die Landwirtschaft im Regen stehen lassen und es über Jahre nicht geschafft, verlässliche Rahmenbedingungen zu schaffen“, fasste Lasse van Aken von Greenpeace zusammen, was bisher geschah. Nun müsse es zu Veränderungen kommen. Er verwies auf die Greenpeace-Studie und die Borchert-Kommission, in der Geld vom Verbraucher zur Finanzierung eines Umbaus der Tierhaltung erhoben werden soll. Die Begeisterung der Versammlung hielt sich ob des Vorschlags in Grenzen. Vom Podium ätzte der örtliche FDP-Bundestagsabgeordnete Wieland Schinnenburg gegen „Überregulierung, die die Landwirtschaft in Deutschland kaputt macht“. Das war Wasser auf die Mühlen vor allem der Bauernverbandsvertreter Detlef Kurreck (MV) und Heinz Cordes (HH).

Kurreck erklärte in Gutsherrenmanier, man sei doch bereit, Blühflächen statt Weizen anzubauen, „wenn irgendjemand das gebrauchen kann“. Schnell war man bei der Düngeverordnung, die – da waren sich fast alle Bauernvertreter einig – so auf gar keinen Fall kommen dürfe. Kurreck wollte lieber die Bauernmilliarde für EU-Strafzahlungen verwenden und die Düngeverordnung noch mal vertagen, um die auch von Land schafft Verbindung geforderte Binnendifferenzierung umzusetzen. Auch Bioland-Vertreterin Lisa Born kritisierte die Ausgestaltung der Düngeverordnung, machte aber deutlich, dass die Nitratproblematik endlich angegangen werden müsse.

AbL zur Düngeverordnung

Ende März einigten sich die Bundesländer zur Düngeverordnung. Die AbL hatte zuvor erneut Kritik an bestimmten, im Entwurf zur neuen Düngeverordnung vorgesehenen, Regelungen öffentlich gemacht. Man sehe den dringenden Handlungsbedarf im Hinblick auf den Gewässerschutz und fordere ein verursachergerechtes Vorgehen, heißt es in der Veröffentlichung. „Denn welche Düngeregeln ein Betrieb einhalten muss, hängt davon ab, ob der Betrieb innerhalb oder außerhalb ‚roter‘, belasteter Gebiete wirtschaftet und nicht etwa von seiner individuellen Nährstoffversorgung. Besonders in den roten Gebieten werden alle Betriebe in ‚Mithaftung‘ genommen, während in den ‚grünen Gebieten‘ Risikobetriebe wie solche mit gewerblicher Tierhaltung (d. h. mit zu geringer Flächenausstattung) nicht gesondert angesteuert werden.“ Konkrete Kritik bezieht sich zudem auf das Verbot der Ausbringung auf angefrorenen Boden und die Verpflichtung zu bestimmter Ausbringtechnik. Langfristig gelte es die Tierhaltung umzubauen und eine Strategie für nachhaltigen Ackerbau zu entwerfen, um die Probleme gar nicht erst entstehen zu lassen. **cs**



Bauern und Bäuerinnen wieder in der Stadt

Foto: Schievelbein

Betriebsspiegel:

Allgäuer Milchviehbetrieb
34 ha Grünland, 9 ha Wald;
45 Kühe mit Nachzucht;
Biogasanlage mit Gülle betrieben;
2 Hobbyhühner, 1 Laufentenpaar

Eigentlich hatte ich bis Ostern einen sehr vollen Terminkalender – eigentlich! Doch das Coronavirus hat meinen Kalender leergefegt, irgendwie alles verändert. Zuerst war es noch weit weg in China. Doch in einer vernetzten Welt ist es nur eine Frage der Zeit, bis auch wir betroffen sind. Ein Virus – Viren werden nicht mal zu den Lebewesen gezählt – beherrscht inzwischen die Welt! Es beherrscht die Politik, die täglich neue Entscheidungen treffen muss. Es beherrscht die Nachrichten, die fast ausschließlich aus Corona-Meldungen bestehen. Corona hat sogar Greta Thunberg den Rang abgelaufen. Es bedroht die Wirtschaft und

wirbelt die Börsen durcheinander. Und das Virus beherrscht mittlerweile auch unseren Alltag. Zuerst haben wir über Hamsterkäufe gelacht. Für einen bürgerlichen Haushalt wie den unsrigen ist Vorratshaltung schließlich normal. 14 Tage halten wir locker durch! Doch wir haben trotzdem mal die Vorratsempfehlungen der Bundesregierung angeschaut. Getreideprodukte wie Nudeln und Reis – kein Problem. Verschiedene Mehlsorten, auch um Brot zu backen, sind immer da; Trockenhefe wäre noch zu besorgen. Kartoffeln und Hülsenfrüchte zählen zur Standardausrüstung, aber Konserven von Obst und Gemüse eher nicht. Sollten wir hier mehr Vorrat anlegen? Fleisch ist auch kein Problem – sollen wir eh nicht so viel essen. Und für Eier sorgen unsere beiden Hobbyhühner. Die Milch fließt ja täglich und die Molkerei liefert wunderbaren Käse

und Butter mit dem Milchwagen zurück. Also solange der fährt, geht es uns richtig gut... Moment: Solange der fährt!!! Plötzlich tauchen immer mehr Fragen auf: Bleibt die Abholung und Verarbeitung unserer Milch garantiert? Milchwagenfahrer und Käser zählen ja nicht zu den systemrelevanten Berufen. Noch gilt die Anweisung, Verarbeitungsstätten nicht wegen eines Krankheitsfalls zu schließen. Doch ob das so bleibt, steht in den Sternen. Schließlich steht bei der Lebensmittelproduktion Hygiene an oberster Stelle. Die Molkeereien haben Notfallpläne zur Aufrechterhaltung der Verarbeitungsprozesse erstellt. Dabei geht es um Personal, aber auch darum, notfalls Milch in andere Betriebe zu bringen, um die Verarbeitung aller Milch sicherzustellen. Verkraftet es das System, wenn z. B. eine riesige Verarbeitungsstätte ge-

schlossen werden muss? Auch für uns als Betrieb ergeben sich Fragen: Was, wenn wir selbst erkranken? Wenn unser Hof unter Quarantäne steht, darf die Milch dann noch zum Milchwerk? Darf ein Betriebshelfer kommen? Oder sind wir ganz auf uns selbst gestellt? Schön, dass wir personell so gut ausgestattet sind, viele Betriebe sind es nicht. Wer Tiere zu versorgen hat, kann auch nicht einfach mal für zwei Wochen dicht machen, nur weil das Personal ausfällt.

Was mit dem Belächeln der Hamsterkäufe und der skurrilen Informationen im Netz angefangen hat, ist zu einer ernsthaften Debatte darüber geworden, wie alles miteinander zusammenhängt. Wie souverän sind wir in der Lebensmittelversorgung? Wir finden keine einfachen Antworten. Alles scheint so sehr miteinander verknüpft. Aber eines wird klar: Es darf kein Rädchen im Getriebe ausfallen! Zusammenarbeit, Koordination und Solidarität sind wichtiger denn je. Nur so kann die Versorgung aufrechterhalten werden.

Vielleicht wird den Menschen in dieser Situation auch wieder bewusst, dass es volle Regale nur geben kann, wenn die gesamte Produktions- und Lieferkette funktioniert. Angefangen bei uns Bäuerinnen und Bauern – denn wir sind systemrelevant!

Maria Heubuch,
88299 Leutkirch

Wir sind systemrelevant!

Auf unserem Archehof versuchen wir alle Tiere möglichst artgerecht zu halten und zu füttern. Rinder und Schafe sind im Sommer auf der Weide, auch die zweijährigen Mastbullen haben Weidegang rund um die Uhr und fressen im Sommer nur Gras, im Winter Heu und Silo. Fast alle Tiere werden auf dem Hof geschlachtet und von uns in Fleischpaketen vermarktet. Unser Hof ist in Windeck im Bergischen Land, mit unter 30 Bodenpunkten und vielen schiefen, artenreichen Weiden und Wiesen. Weidegang ist für unsere Glanrinder die optimale Haltung. Im Herdenverbund mit Kälbern, Mutterkühen und dem Deckbullen ziehen die Tiere von Weide zu Weide. Dort sorgen sie mit ihren Kuhfladen für Nahrung für die spezialisierten Insekten und steigern die Artenvielfalt. Natürliche Kreislaufwirtschaft, kleinbäuerliche Landwirtschaft. Die Flächen sind so extensiv, dass ich nach einer CC-Kontrolle gegen die Aberkennung der Flächen als Dauergrünland klagen musste, weil dort angeblich falsche Futterarten standen. Bald startet wieder die Weidesaison, wir sind Pufferzone für Wölfe aus Rheinland-Pfalz und aus dem Oberbergischen Kreis. Diese Deklaration soll mich dazu bringen, Anträge zu stellen, um Zäune gefördert zu bekommen, weil, so die Drohung, baue ich keine Zäune innerhalb eines Jahres, werden meine Tiere nicht mehr entschädigt. Anträge stellen kann ich aber nur für Schafe, für Rinder gibt es noch keine Anträge, weil es keine Zäune gibt, die vom Wolf gehetzte Rinder hal-



Schafe vorsorglich abschaffen?

ten. In unserer Topographie ist es nicht möglich, die Zäune so zu stellen, dass sie wolfsabweisend sind. Erschwerend kommt hinzu, dass es sich bei den Flächen teilweise um Naturschutzflächen handelt, die nach Aushandlungen mit dem Eigentümer nur mit 80 cm hohen Festnetzen und einer stromführenden Litze gezäunt werden sollen. Diese Auflagen fand ich immer sehr sinnvoll; ermöglichten sie doch den Hasen und Rehen, die Zäune zu queren und im Naturschutzgebiet zu leben. Wir halten unsere Schafe sehr extensiv auf insgesamt 11 ha Fläche. Rechnen wir bei jedem Hektar pauschal 500 m Zaun und unterstellen 8 Euro Materialkosten für einen Meter Zaun, beläuft sich der Förderantrag für die Zäune auf 44.000 Euro. Davon können nur 22.000 Euro überhaupt beantragt werden, weil die Zäune der De-minimis-Regelung unter-

liegen. Der Betrag sinkt noch, da ich auch Agrardiesel gefördert bekomme. Jetzt muss der Zaun noch aufgestellt werden. Dabei entstehen noch vier Mal so viel Kosten wie für das Material. Diese 176.000 Euro für die Arbeitszeit der Aufstellung, für die tägliche Dokumentation, den Austausch von defekten Zäunen, die von durchlaufenden Wildschweinen oder anderen Tieren zerstört wurden, die Überwachung der Spannung, die Nachbeschaffung von Netzen oder gestohlenen Elektrogeräten wird gar nicht gefördert. All diese Kosten soll ich aus eigener Tasche bezahlen. Meine Bentheimer Zuchtschafe haben einen Wert von etwa 8.000 Euro. Durch den Verkauf der Lämmer, der Lammfelle und von Wollprodukten kann ich im Jahr einen Umsatz von etwa 1.000 bis 1.500 Euro erzielen. Aus wirtschaftlicher Sicht muss ich die

Schafe also sofort abschaffen. Ich liebe meine Schafe, zwanzig Jahre Zuchtarbeit stecken in dieser Herde, schon die Großeltern oder Urgroßeltern der jetzigen Schafe haben auf diesen Weiden gestanden. Aber weil ich meine Schafe liebe, möchte ich ihnen die Qualen eines Wolfsangriffs gar nicht erst anteuern lassen. Doch ich kann einen solchen nicht verhindern. Als seltene Rassen werden die Schafe und Rinder vom Land NRW gefördert, vom gleichen Ministerium, das den Wolf auf meine Tiere loslässt und so tut, als wäre das mein persönliches Problem.

Lisa Anschütz,
51570 Windeck

Betriebsspiegel:

39 ha Grünland, 3 ha Ackerland, 5 ha toter Fichtenwald; 18 Glankühe mit Nachzucht und ein Zuchtbulle; 16 Bentheimer Schafe; 100 Hühner, Masthähnchen und Puten



Saisonarbeitskräfte und Corona

Die Spargelernte steht vor der Tür, Gemüse muss gepflanzt und gepflegt werden, Erdbeeren gepflückt... und dann macht Corona die Grenzen dicht und sorgt dafür, dass womöglich zehntausende von Saisonarbeitskräften, die jedes Jahr auf Feldern in Deutschland in der Landwirtschaft arbeiten, nicht kommen können. Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner (CDU) hatte zunächst die Idee geäußert, momentan arbeitslose Mitarbeiter des Gastronomiegewerbes könnten einspringen. Das sei weder arbeitsrechtlich möglich, noch ließen sich damit teilweise über Jahre qualifizierte Mitarbeiter ersetzen, urteilten Verbändevertreter aus Landwirtschaft und Gastrogewerbe. Die Bauern-, Gartenbau- und Winzerverbände wollen hingegen zum einen Transitmöglichkeiten für osteuropäische Saisonkräfte durch geschlossene Grenzen und Länder hinweg gewährleisten wissen. Zum anderen fordern sie in einer gemeinsamen Erklärung Lockerungen der Arbeitsregelungen, etwa bei Entgeltregelungen, Hinzuverdienstmöglichkeiten, Arbeitnehmerüberlassungen und Drittstaatenregelungen, sowie Verlängerungen der Höchstarbeitszeit. Die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG Bau) wiederum weist diese Forderungen als überzogen und unverantwortlich zurück. Man instrumentalisieren die Notlage der Corona-Krise, um Arbeitsrechte aushebeln zu wollen. Auch Georg Janßen, Bundesgeschäftsführer der AbL nimmt in einer Presseerklärung Stellung: „Wir haben jetzt alle eine große Verantwortung. Wir sollten deshalb alles tun, den helfenden Menschen durch eine faire Bezahlung, bestmöglichen Gesundheitsschutz, vernünftige Unterbringungsmöglichkeiten und Transporte von Feld zu Feld unseren Dank auszudrücken, statt laut über die Aushebelung von Arbeitsrechten nachzudenken.“ **cs**



Saisonarbeit und Internetplattformen

Neben den Versuchen des Bundeslandwirtschaftsministeriums, Erleichterungen oder auch Direktflüge für die Einreise von vornehmlich osteuropäischen Saisonarbeitskräften zu organisieren, gibt es inzwischen auch verschiedene Internetplattformen, die Höfe und Arbeitswillige zusammenbringen sollen: Vom Bundesverband der Maschinenringe und dem Bundeslandwirtschaftsministerium startete www.daslandhilft.de, eine Plattform, die vor allem Menschen, deren Jobs durch Corona derzeit wegfallen, auf Höfe vermitteln will. Ähnliche Zielgruppen spricht www.erntenforfuture.de des Portals AgroBrain an. Die Landwirtschaftskammern betreiben schon länger die www.agrarjobboerse.de, die bislang überwiegend von Auszubildenden oder Praktikanten genutzt wird. Jetzt soll sie vermehrt auch in Sachen Saisonarbeit vermitteln helfen. In der Region Berlin-Brandenburg gibt es noch www.land-arbeit.com, die Menschen zusammen bringen will. Der Bauernverband bietet mit einem kommerziellen Anbieter bis Juni kostenfrei die Vermittlungsplattform: <http://www.saisonarbeit-in-deutschland.de> an. Weitere Infos auf: www.wir-haben-es-satt.de/mithelfen-coronakrise



Saisonarbeit und Lebensbedingungen

Gewerkschaften, aber auch einzelne Politiker und der katholische Seelsorger Peter Kossen aus dem Emsland, kritisieren das besonders hohe Risiko von Saisonarbeitskräften und Arbeitsmigranten, sich in oftmals beengten Sammelunterkünften mit dem Coronavirus anzustecken. Menschenwürdige Unterbringungen mit entsprechenden Hygienestandards seien in diesen Zeiten wichtiger denn je. Das niedersächsische Innenministerium hat einen Erlass herausgegeben, wonach „möglichst Einzelzimmer“ genutzt werden sollten. Die agrarpolitische Sprecherin der Landesgrünen, Miriam Staudte, wies darauf hin, dass das die meisten Betriebe überfordere und forderte deshalb „kreative und finanzielle“ Unterstützung von der Landesregierung. Zumindest aufklärerische Unterstützung bietet die Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau (SVLFG) mit einer Veröffentlichung von Verhaltensregeln und Schutzmaßnahmen in Deutsch, Polnisch, Rumänisch, Bulgarisch und Russisch. **cs**



Spannende Ideen und Projekte

Aktionstagung der AbL Niedersachsen: Alles drehte sich um den Boden

Steigende Bodenpreise, Landverkäufe an nicht-landwirtschaftliche Großinvestoren sowie ein dramatischer Humusverlust im Boden sind nur einige der Herausforderungen, vor denen Landwirte heute stehen. Die Folgen dieses Humusverlustes sind für jeden sichtbar, wenn zum Beispiel nach den Regenfällen der letzten Tage das Wasser auf den Feldern steht. Um Auswege zu finden, hatte die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft Niedersachsen/Bremen auch zusammen mit anderen Organisationen wie z. B. dem Jugend-Umwelt-Netzwerk JANUN unter dem Motto „Jetzt auf die Socken machen, damit wir nicht den Boden unter den Füßen verlieren!“ ins nordostniedersächsische Hermannsburg eingeladen. Kooperationspartner war der gemeinnützige Verein Ökotoxia Südniedersachsen e. V. Unterstützt wurde die Tagung durch Mittel der BINGO-Stiftung sowie der Stiftung Berneburg. Ein ganzes Wochenende lang haben sich die rund 80 Teilnehmenden aller Altersgruppen, mit unterschiedlichsten Hintergründen – Landwirte, Künstler, Studenten etc. – und mit einem gemeinsamen Interesse getroffen.

Vielfalt zum Einstieg

Auf einem Podium diskutierten die beiden Biolandwirte Jan Wittenberg und Albert Haake, inwieweit sich mit ihrer Bewirtschaftungsform überhaupt nachhaltig Humus aufbauen lässt, was das den Betrieb kostet und wer in Zukunft diese Aufbauleistung bezahlen könnte. Es folgte ein spannender Beitrag von Ex-Agrarminister Christian Meyer über die in seiner Regierungszeit geplante Veränderung des Bodenrechts in Niedersachsen und die Schwierigkeiten, den Boden für die bäuerlichen Familienbetriebe zu reservieren. Der

Entwurf ist brandaktuell und wartet für die Zukunft auf seine Umsetzung! Mit derartig aufgefrischem Hintergrundwissen begannen die Teilnehmenden, wichtige Handlungsfelder von der Ausbildung über Öffentlichkeitsarbeit bis zum Landgrabbing zu benennen und diese dann in fünf Arbeitsgruppen zu Projektideen zu entwickeln. Flankierend zur eigenverantwortlichen Entwicklung der Projektideen stellten sich mehrere Initiativen vor, die es bereits gibt und die sich ursprünglich aus vergleichbaren Ideen entwickelt haben: das Kaindorfer Humusprojekt in Österreich, die Kulturland-Genossenschaft für Landkauf, das Agroforstprojekt in Hebenshausen und eine Initiative zur Qualitätssicherung im Grundstücksverkehrsrecht.

Projektideen

Aus den über 60 Projektideen am Samstagabend entstanden am Sonntag zwölf konkrete und sofort zu beginnende Projekte mit jeweils einem/r motivierten Projektleiter/in. Niedersachsenweit haben sich Kleingruppen zusammengefunden, die nun konkrete Umsetzungspläne im Gepäck mit nach Hause nehmen. Die Projekte reichen von regionalen Humus-Stammtischen, Fortbildungstagen zum Thema Humus und Bodenaufbau, über eine Podcastreihe zu verschiedenen Themen der regenerativen Landwirtschaft und die Entwicklung eines fairen Verpachtungssystems bis hin zu einem „Bodenfruchtbarkeitsfonds“. Beispielhaft sei die Idee dieses Fonds erklärt: Dieser Fonds ist – wie auch die anderen Projekte – sehr konkret und soll regional auf Norddeutschland bezogen CO₂-emittierende Unternehmen und Höfe, die CO₂-bindende Maßnahmen im Ackerbau umsetzen wollen, so zusammenbringen, dass finanzielle Mittel aus der Verursachung von CO₂ in den Humusaufbau fließen. Vorbild hierfür ist der bereits existierende und erfolgreich arbeitende Bodenfruchtbarkeitsfonds im Bodenseeraum. Insgesamt war das eine sehr innovative und ergebnisorientierte Tagung der AbL, an der sich neben kleinbäuerlichen Betrieben viele Biobetriebe aus Niedersachsen beteiligt haben. Das geplante Konzept der Veranstalter ging damit voll auf! Nicht nur reden und die Tagung danach zu den Akten legen, sondern aus dem Kennenlernen der zukunftsfähigen Fakten und dem Vernetzen mit anderen Akteuren heraus ins Tun kommen und Bausteine zu einer „enkeltauglichen“ Zukunft legen!

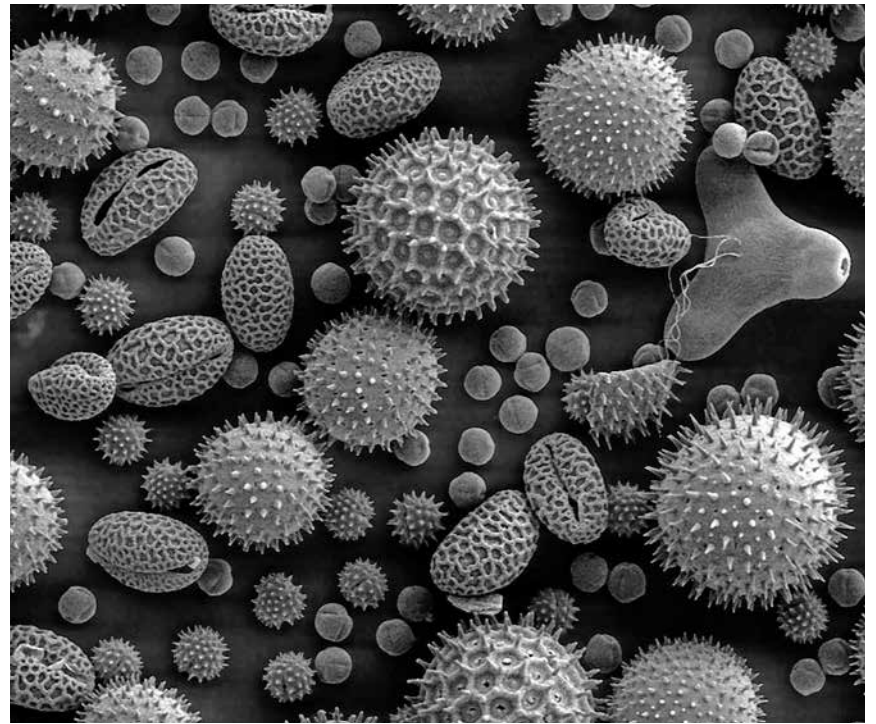
Ebi Prunzel-Ulrich, Gerhard Reil,
AbL Niedersachsen
Infos: www.abl-niedersachsen.de



Ex-Minister zur Bodenpolitik

Foto: Abl-Nieds.

Nicht nur in den Ställen steht die Landwirtschaft vor großen Herausforderungen. Der Verlust an Biodiversität, aber auch der Verlust an bislang verlässlichen Werkzeugen aus dem großen Koffer der Agrarchemie fordern ein Umdenken und -handeln. Häufig genug verliert sich die Politik auch hier im Nichtstun oder im Entwerfen von Einzelmaßnahmen, die unter Umständen nur begrenzt positive Wirkungen gegen den häufig noch ausgeprägt vorhandenen Widerstand in den Köpfen kaum werden durchsetzen können. Es gilt, den Blick auf das große Ganze zu richten und hier Lösungen zu entwerfen, die Bauern und Bäuerinnen mitnehmen und ihre Leistungen auch honorieren.



Ein Blick zurück für den Ackerbau der Zukunft

Die Idee des integrierten Landbaus ist nicht neu, konnte sich allerdings bislang nicht durchsetzen

Wir werden die Frage des Biodiversitätsverlustes nicht über Gewässerrandstreifen lösen, es muss eine Veränderung in der Fläche passieren. Noch zu oft wird im Hinblick auf politische Aktivitäten zwischen Schutz- und Schutzgebieten unterschieden. Dabei gibt es eigentlich schon lange bessere Ideen. Schon Ende der 60er Jahre veröffentlichte Hans Braun, Professor für Pflanzenkrankheiten der Universität Bonn, einen Aufsatz zu „Pflanzenhygiene und integriertem Pflanzenschutz“, in dem die Bedeutung eines größer gefassten Blicks auf den sich zur damaligen Zeit vornehmlich auf chemische Maßnahmen beschränkenden Pflanzenschutz deutlich wird. In der Zusammenfassung heißt es unter anderem: „Dass im Kampf gegen den wachsenden Hunger in der Welt dem chemischen Pflanzenschutz eine entscheidende Bedeutung zukommt, wird nicht bestritten, Auf der anderen Seite wird in neuester Zeit vom Teufelskreis Chemie gegen Chemie gesprochen. Wir müssen uns darüber klar werden, ob wir aus diesem noch rechtzeitig ausbrechen können oder wollen. Der integrierte Pflanzenschutz, in dem sich Kulturmaßnahmen mit biologischen und chemischen Bekämpfungsmaßnahmen sinnvoll vereinigen, soll die vorrangige Stellung des chemischen Pflanzschutzes eindämmen. Vor allem aber sollen die allzu sehr vernachlässigten Kulturmaßnahmen, wie sie unter dem Begriff ‚Pflanzenhygiene‘ zusammengefasst worden sind und unter denen dem

standortgerechten Anbau besondere Bedeutung zukommt, in Zukunft auch in der Phytomedizin – analog der Hygiene in der Humanmedizin – das Fundament bilden.“

Mehrere Anläufe

1985 analysierte der Sachverständigenrat für Umweltfragen in einem Sondergutachten umfassend die schon in den 1980er Jahren sichtbaren und wissenschaftlich untersuchten Auswirkungen der intensiven Landwirtschaft auf Naturhaushalt (Boden, Wasser Luft), Lebensräume und Artenvielfalt. Er thematisierte bereits auch die Problematik von Schadstoffen in Nahrungsmitteln. Die meisten der dort analysierten Probleme sind auch heute weiterhin existent und haben in ihren Auswirkungen auf Natur und Mensch teilweise noch erheblich zugenommen, so etwa bei der weiterhin fortschreitenden Verarmung der Landschaft sowie der Abnahme der landwirtschaftlichen Produktionsvielfalt. Entsprechend sind auch viele der damals formulierten Empfehlungen, sowohl für die Umwelt- als auch für die Agrarpolitik, weiterhin aktuell, auch wenn an zahlreichen Stellen versucht wurde, die Situation zu verbessern. Auch die gesellschaftliche Auseinandersetzung mit dem Schutz von Natur und Umwelt in den 80er Jahren führte zu dem Bestreben, dem in einer Novellierung des Pflanzenschutzrechtes Rechnung zu tragen. Das Land Nordrhein-Westfalen brachte einen Entwurf in die Debatte ein, der, so Jurist Hans-Wolfgang

Micklitz, den Blickwinkel verändert hätte: „Damit wäre theoretisch die Chance gegeben gewesen, über eine Umorientierung des gesamten Pflanzenschutzrechts nachzudenken. Die Legitimität des präventiven, flächendeckenden Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln hätte insgesamt zur Disposition gestanden. Doch dazu ist es nicht gekommen. Die Bundesregierung hat sich mit ihrer an den Interessen der konventionellen, industriell betriebenen Landwirtschaft und der Pflanzenschutzindustrie orientierten Vorstellung letztendlich durchgesetzt.“ Er beschreibt die im Gesetz festgeschriebene Diskrepanz zwischen dem Schutz von Natur und Grundwasser und landwirtschaftlicher Praxis. Neu eingeführt wurde damals der Begriff der „guten fachlichen Praxis“. Es sei „vorrangig zu prüfen, ob die Anwendung eines bestimmten Pflanzenschutzmittels angesichts eines drohenden Schädlingsbefalls oder des vermutlichen Ausmaßes seiner Auswirkungen überhaupt erforderlich ist.“ Allerdings merkt Micklitz an, dass die gute fachliche Praxis weder strafbewehrt noch konsistent durchzuhalten sei. Trotz einer mindestens wissenschaftstheoretischen Weiterentwicklung des integrierten Pflanzenschutzes zum Agrarsystem des integrierten Landbaus in den 90er Jahren gelang es nicht umfassend, die entsprechenden Ansätze in der praktischen Landwirtschaft einzuführen. Daran änderten auch zwei Versuche der Politik nicht wesentlich etwas: das „Reduktionspro-

gramm Chemischer Pflanzenschutz“ von 2004 und der „Nationale Aktionsplan Pflanzenschutz“ von 2013. Gerade in letzterem wird als „im Mittelpunkt“ stehend der integrierte Pflanzenschutz betont. Es finden sich aber weder konkrete Reduktionsziele noch Zeithorizonte oder Umsetzungsstrategien. Dementsprechend zahnlos bleiben die Papiertiger.

Ernüchternde Bilanz

30 Jahre nach dem Sondergutachten des Sachverständigenrates für Umweltfragen ließ das Umweltbundesamt (UBA) 2015 von der TU München-Weihenstephan unter Leitung des Agrarökonomen Alois Heißenhuber untersuchen, was sich seit diesem Gutachten verändert hat. Es war zu überprüfen, was von den damaligen Kritikpunkten und Empfehlungen inzwischen umgesetzt worden war und wo nach wie vor die Defizite lagen. „Insgesamt zeigte sich, dass sich die Situation der Umwelt- und Naturschutzgüter Biodiversität, Landschaftsbild, Boden und Klima seit 1985 tendenziell negativ entwickelt hat. Der Belastungs- und Gefährdungszustand der Schutzgüter Luft und Wasser ebenso wie die Schadstoffbelastung von Lebensmitteln hat sich – auch durch Maßnahmen z. B. der Luftreinhaltung – hingegen günstig entwickelt. In Bezug auf die landwirtschaftlichen Wirkfaktoren lässt sich jedoch festhalten, dass die Landwirtschaft weiterhin maßgeblichen Einfluss

Fortsetzung Seite 12 unten

Der Ackerbau wird sich verändern

Die Betriebe suchen nach individuellen Lösungen, um den aktuellen Anforderungen und Veränderungen zu begegnen

Unsere Böden stehen unter Leistungsdruck: Im Jahr 1900 hat ein Landwirt zehn Menschen ernährt, heute ernährt er 155 Menschen. Diese hohe Produktivitätssteigerung bringt Herausforderungen bei Umwelt- und Naturschutz, Ökonomie und gesellschaftlicher Akzeptanz mit sich – und

auch Zielkonflikte. Diese wollen wir mit unserer Ackerbaustrategie auflösen“, erklärte Bundesministerin Julia Klöckner Ende vergangenen Jahres anlässlich der Vorstellung ihrer Ackerbaustrategie 2035. Neben dem Bundeslandwirtschaftsministerium haben auch das Bundesumweltministerium sowie

die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft in den vergangenen Monaten ihre Vorstellungen zum Ackerbau vorgestellt. Zu lange, so der Tenor bei der Vorstellung der AbL-Strategie, hätten Wissenschaft, Beratung und auch die Politik die Bauern und Bäuerinnen in Richtung Kostenführerschaft und Weltmarkt gedrängt. Entstanden sei ein auf Agrarchemie basierendes Baukastensystem, das inzwischen nicht nur im Hinblick auf die Umwelt Probleme verursache, sondern auch im Ackerbau selbst: resistente Ungräser, Krankheiten. Neben einer zunehmenden Zahl an resistenten Ungräsern, wird auch der zunehmende Wegfall von Pestiziden für viele konventionelle Betriebe zum Problem. Das bestätigt auch Sebastian Herbst, Geschäftsführer der Agrargenossenschaft Feldheim in Brandenburg. Vor allem den Rapsanbau sieht er, auch durch Verboten von Insektiziden, bedroht. Mit 27 Mitarbeitern bewirtschaftet die Agrargenossenschaft 1.800 ha. Neben dem Ackerbau gibt es 350 Milchkühe, 500 Muttersauen und 1.000 Mast Schweineplätze auf Stroh. Teile der Ernte wandern in eine Biogasanlage, die neben der Stromerzeugung auch das Nahwärmenetz der Gemeinde Feldheim versorgt. Die Fruchtfolge ist mit Weizen, Gerste, Raps, Mais, Luzerne und Roggen vergleichsweise breit angelegt. „Zukünftig werden wir vor allem den Herbizideinsatz im Herbst reduzieren und durch eine mechanische Bearbeitung ersetzen“, erläutert Herbst. Trotz



Sebastian Herbst

Foto: privat

der Einschränkungen in Folge einer geringeren Zahl von Pflanzenschutzmitteln und einer Nährstoffreduktion durch die Düngeverordnung versucht Herbst das ertragliche „Maximum auszureizen“. Herbst bedauert, dass es zukünftig wohl zu einem Verbot von Glyphosat kommen wird. Auch in der Ackerbaustrategie der Bundesregierung wird die Glyphosatproblematik als Zielkonflikt angesprochen: „Eine reduzierte Bodenbearbeitung geht mit einer Vielzahl von positiven Wirkungen wie z. B. einer Erhöhung des Humusgehaltes im Oberboden, einem verstärkten Erosionsschutz in besonders gefährdeten Lagen oder einer schnelleren Aufnahme von Wasser („Infiltrationskapazität“) einher. Jedoch ist eine wirksame Unkrautbekämpfung hierbei zurzeit häufig nur durch den Einsatz von Breitbandherbiziden möglich.“ Für die Agrargenossenschaft Feldheim kann Herbst diese Notwendigkeit ausschließen, dennoch möchte er Glyphosat, vor allem wegen einer möglichen Verun-



Vielfalt in der Bewirtschaftung für Vielfalt in der Natur.

Foto: Schievelbein

Fortsetzung von Seite 11

auf den Zustand und auf die Situation der Schutzgüter hat und der Anteil der landwirtschaftlichen Belastungen an den Gesamtbelastungen teilweise zugenommen hat“, so die ernüchternde Bilanz.

Das System verändern

Der Einsatz von Pflanzenschutzmittel liegt im Prinzip seit Mitte der 90er Jahre auf einem Niveau von über 30.000 Tonnen Wirkstoff im Jahr. Es gibt Schwankungen. Wirkliche Veränderungen oder gar eine Reduzierung sind nicht erkennbar. Offensichtlich haben die oben erwähnten Diskussionen kaum eine Rolle für die praktische Landwirtschaft gespielt. Aber eine andere Entwicklung lässt sich in den vergangenen Jahren vermehrt

wahrnehmen: Resistenzentwicklungen bei Herbiziden, Insektiziden und Fungiziden. Schon 2016 schrieb Prof. Dr. Peter Zwerger, Julius Kühn-Institut: „Mehr oder weniger regelmäßig durchgeführte Resistenz-Erhebungen zeigen, dass es mittlerweile in Deutschland verschiedenste Resistenzentwicklungen gegenüber Insektiziden, Fungiziden und Herbiziden in Ackerbaukulturen gibt.“ Diese Entwicklung hat sich bis heute fortgesetzt, schränkt den Rapsanbau in ehemaligen Gunstregionen stark ein, lässt Ackerfuchsschwanz in bestimmten Regionen zu einer echten Bedrohung des Weizenanbaus werden und sorgt mit vielen weiteren Detailproblemen für große Schwierigkeiten, die bislang weitestgehend auf ökonomische Vorzüglichkeit ausgelegten Fruchtfolgen aufrechtzuerhalten. Erste Ansätze einer systemaren Änderung wie die Erweite-

rung enger Getreidefruchtfolgen um Leguminosen stoßen oft genug an die Grenzen der Märkte. Wirtschaftlicher Druck und mangelnde Vermarktungsmöglichkeiten machen es nach wie vor schwer, sich von neuen Kulturen oder aber auch dem extensiveren Management der bislang oft genug auf Höchsterträge gedüngten klassischen Kulturen überzeugen zu lassen. Dabei müssen auch Verarbeitungsunternehmen mitmachen: So wie Braugerste oder Zuckerrüben aus Verarbeitungsgründen Obergrenzen bei der Stickstoffdüngung auferlegt bekommen, um den schädlichen Nichtproteinstickstoff gering zu halten, müsste auch Weizen mit anderen Qualitätsansprüchen durch die Mühlen belegt werden. Die Backfähigkeit von Weizen hängt nicht von einem sehr hohen Rohproteingehalt ab. Hohe Stickstoffdüngung ist teuer und um-

weltschädlich. Eine stärkere Honorierung extensiverer Bewirtschaftungsverfahren durch die abnehmende Hand oder auch durch staatliche Förderprogramme in der Fläche und nicht nur in Randbereichen wäre ein starker, vielleicht der stärkste Mechanismus im Hinblick auf den Erhalt der Biodiversität. Denn extensive Verfahren schaffen einerseits auf dem Acker Raum für Pflanzen und Tiere, die in den dichten Beständen der Höchstertragskulturen zunehmend das Nachsehen haben, sie reduzieren aber auch den Einsatz energieaufwendig erzeugter Stickstoffdünger und schädigend in die Umwelt eingreifender chemischer Pflanzenschutzmittel.

Christian Schüler und
Claudia Schievelbein



krautung mit Quecken, weiter nutzen können. „Als Vorstand muss man die richtigen Entscheidungen für die Mitglieder und Mitarbeiter treffen.“ Als GEMischtbetreib mit Ackerbau und Viehhaltung hat die Agrargenossenschaft aber auch verschiedene Standbein, die helfen auch schwierige Jahre, wie die Dürre 2019, zu überstehen. Trotzdem wird in Feldheim nach neuen, den Veränderungen angepassten Wirtschaftsweisen gesucht. In diesem Jahr wird überlegt eventuell einige Teilstücke auf ökologischen Landbau umzustellen. Nicht zur Prämienuptimierung, sondern um die Wirtschaftlichkeit zu testen. Und weil Öko auch Tiere braucht überlegt Herbst wie gegebenenfalls ein Teil der Kühe in das neue Unternehmen wechseln könnte.

Das System verstehen

Für Jan Witteberg, dessen ökologischer Ackerbaubetrieb mit über 100 ha am Rande der Hildesheimer Börde liegt, stellt sich eine viel grundsätzlichere Frage nach dem Zusammenspiel mit der Natur. Das bedeutet, nicht nur auf einzelne Ereignisse, wie einen Befall mit Schädlingen oder das Auftreten von Unkräutern zu reagieren, sondern den Acker als einen Lebensraum zu betrachten, auf dem man durch das richtige Eingreifen ein möglichst stabiles Gleichgewicht schaffen kann. Wittenberg, der auch im AbL-Bundesvorstand aktiv ist, sieht in der Ausrichtung auf Höchsterträge einen fundamentalen Fehler. In der Folge müsse man viel

düngen, die Pflanzen seien anfälliger, Herbizid-, Fungizid- und Insektizidanwendungen würden notwendig, um dieses auf ein Maximum ausgerichtete System vor dem Zusammenbrechen zu schützen. Einen ganz anderen Ansatz verfolgt Wittenberg. „Weil wir nach der Saat nur noch wenige Korrekturmöglichkeiten haben, müssen wir im ökologischen Landbau ein besonderes Augenmerk auf die Arbeiten im Vorfeld legen.“ Hierbei sind insbesondere die Bodenbearbeitung, Herstellung des Saatbetts, Auswahl und Platzierung des Saatkornes usw. gemeint, aber auch die Frage nach der Fruchtfolge (z. B. Vorfrüchte und Anbaupausen) und auch eine möglichst permanente Bedeckung des Bodens mit Früchten, Gemengen oder Zwischenfrüchten.

Chemisch oder mechanisch

Auf der Agritechnica im Herbst 2019 waren Geräte zur mechanischen Unkrautbekämpfung besonders gefragt. Und warum sollte man den konventionellen Ackerbau nicht durch Grubbern, Striegeln und Hacken bereichern? Nach Einschätzung von Wittenberg ist die Kombination aus beiden Ansätzen nicht immer erfolgversprechend. „Zum Beispiel die Kombination von herbizider Bodenwirkung und folgendem Striegelgang kann problematisch sein. Beide Methoden müssen für sich ernst genommen werden!“ Allein der flächig schneidende Grubber sei ohne ein grundlegendes Umdenken in beiden „Systemen“ zu verwenden. Den Boden

als lebendigen Organismus verstehen – für Wittenberg ist das grundlegend. „Wenn wir, auch vor dem Hintergrund des Klimawandels, Humus aufbauen wollen, brauchen wir die Pilze im Boden. Der Einsatz von Fungiziden, wenn auch nur oberflächlich angewandt, steht dem entgegen.“ Eine Reduktion des Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln sollte der integrierte Landbau bringen. Erst wenn auf dem Feld eine zuvor festgelegte Schadschwelle überschritten würde, sollten chemisch-synthetische Pflanzenschutzmittel zum Einsatz kommen. „Der integrierte Pflanzenschutz ist im Grunde gescheitert“, findet Wittenberg. Denn nicht nur die Bauern, sondern auch die Officialberatung mit ihren Pflanzenschutzmittelempfehlungen würden ein Wirtschaften nach Rezept vorziehen.

Verlässlicher Weg

In ihrer Ackerbaustrategie formuliert die AbL einen ganzen Strauß notwendiger Schritte. Neben einer Reduktion der Intensivität (Düngung und Pflanzenschutzmittel) wird vor allem eine größere Vielfalt von Nutzpflanzen (weitere Fruchtfolgen, Mischanbau, Untersaaten etc.) als anzustrebendes Ziel formuliert. Ganz deutlich werden aber auch die notwendigen strukturellen Veränderungen bei der Vermarktung angesprochen. Dabei geht es nicht nur um neu zu schaffende Absatzmärkte für die größere Vielfalt an Kulturen, sondern auch um einen qualifizierten Schutz der so entstehenden höheren Produktionsstan-

dards vor günstigen Produkten aus anderen Ländern. Die AbL fasst dies unter der Überschrift des qualifizierten Marktzugangs zusammen, der unter anderem durch Einfuhrzölle das Preisniveau von Waren, die unter Verzicht auf zusätzliche ökologische und soziale Standards produziert wurden, auf das inländische Produkte anheben soll. Von der Politik fordert die AbL eine verlässliche Perspektive für die kommenden zehn bis 20 Jahre sowie eine Umgestaltung der EU-Agrarpolitik hin zu mehr Anreizen und einer Vergütung von Leistungen anstelle einer pauschalen Flächenförderung. Damit Betriebe nicht, wie bei der Düngeverordnung, quasi über Nacht vor neue Herausforderungen gestellt werden, müssten „gesetzliche Änderungen frühzeitig auf den Weg gebracht und mit vertretbaren Übergangszeiten in Kraft gesetzt werden, sodass die landwirtschaftlichen Betriebe ihre Wirtschaftsweisen daran anpassen können“.

mm



Jan Wittenberg

Foto: Archiv

Grünland als Alleskönner?

Klima-, Arten-, Umweltschutz funktioniert auch auf Grünland nur unter bestimmten Bedingungen

Rund ein Drittel der landwirtschaftlich genutzten Fläche in Deutschland ist Dauergrünland. Dennoch wird Grünland in der landwirtschaftlichen Berufsausbildung und im Studium häufig zum Randthema degradiert. Auch in Praxis und Beratung herrscht stellenweise Unwissenheit über vorhandene und potenzielle Pflanzengesellschaften sowie deren Management. Dabei könnte Grünland viel mehr sein als arbeitsexpensives Grundfutter, Biogassubstrat oder Gülleabnehmer. Bei entsprechender Bewirtschaftung hat Grünland das Potenzial, Artenvielfalt, Klima, Boden und Wasser zu schützen, und kann darüber hinaus die Grundlage für artgerechte Tierhaltung sein. Ist Grünland also Alleskönner? Nicht per se. Die gesellschaftlichen Leistungen des Grünlands für Klima, Arten, Wasser, Umwelt und Boden hängen stark von der Bewirtschaftungsweise ab. Ein Kriterium ist die Intensität der Bewirtschaftung. Schnitthäufigkeit, Beweidungsstärke und Düngung haben entscheidenden Einfluss auf die Zusammensetzung der

ist, dass die Weide an sich ein hoher Wert ist. Weidehaltung ist eine naturnahe, tiergerechte Haltungsform, insbesondere für Wiederkäuer, aber auch für Geflügel und Schweine. Wiederkäuer und Gras sind in Koevolution entstanden. Nicht nur das Verdauungssystem der Wiederkäuer ist auf Grünland spezialisiert, sondern Grünland ist gleichermaßen auf Weidetiere spezialisiert. Durch Verbiss (bzw. Schnitt) werden die Pflanzen zum Wachstum angeregt und können über die Jahre ein enorm großes und weitverzweigtes Wurzelsystem entwickeln. Das Wurzel-Spross-Verhältnis von Gras kann bis zu 20:1 betragen. Viele Kräuterwurzeln wachsen in sehr tiefe Bodenschichten. Das oberflächliche Grün ist also nur die Spitze des Eisbergs. Unterirdisch lebt ein weitläufiges Netzwerk aus Wurzeln, Mikroben, Pilzen, Regenwürmen und vielen anderen mehr. Unterirdisch wird auch Humus aufgebaut und auf diese Weise klimaschädlicher Kohlenstoff aus der Luft langfristig im Boden gespeichert. Schätzungen zufolge wird weltweit unter

ten darüber hinaus Überwinterungsquartiere für Insekten, Schutzräume und Mikroklimata. Während als gute fachliche Praxis gilt, Weidereste gar nicht erst entstehen zu lassen oder zu mulchen, ist aus naturschutzfachlicher Sicht das Gegenteil sinnvoll.

Wiesen als Lebensräume

40 % des Grünlandes in Deutschland werden nicht beweidet, sondern gemäht. Düngung, Schnitthäufigkeit und -zeitpunkt beeinflussen die Zusammensetzung der Pflanzengesellschaft entscheidend. Um eine möglichst hohe Grundfutterqualität sowie hohe Erträge zu erreichen, mähen viele Betriebe möglichst früh und mehrmals im Jahr. Laut guter fachlicher Praxis soll spätestens zu Beginn des Ähren- und Rispen-schiebens gemäht werden. Die Blüte bleibt also größtenteils aus, die Wiese ist dann keine Nektarquelle für Insekten. Eine intensive Schnittnutzung mit entsprechender Düngung führt außerdem zu einem artenarmen Bestand. Doch nicht nur Schnittdensität und Düngung beeinflussen die Artenvielfalt auf Grünland, sondern auch die Mäh-technik. Für die Wiesenfauna sind schneidende Techniken vorteilhafter als rotierende. Aufbereiter und Mulcher sind für viele Insekten und Amphibien tödlich. Darüber hinaus ist eine höhere Mahd schonender als eine bodennahe. Auch das Befahrmuster beeinflusst die Überlebensrate der Wildtiere. Bei einer Mahd von innen nach außen bzw. von der einen zur anderen Seite besteht die Chance, vor dem Mähwerk zu flüchten. Gleiches gilt für eine möglichst langsame Fahrgeschwindigkeit.

Vielfältige Strukturen sind wertvoll

Wie in der gesamten Landbewirtschaftung kommt es auch im Grünland auf Struktur und Größe der Weiden und Wiesen an. Randstrukturen, Festzäune, Hecken und Säume, die im besten Falle miteinander vernetzt sind, sind wertvolle Lebens- und Rückzugsräume sowie Verkehrsadern für Fauna und Flora. Eine kleinräumige Struktur mit mehreren Bewirtschafter*innen führt eher zu Mosaikmahd, also dem zeitlich versetzten Mähen, sodass jederzeit Rückzugsflächen bereitstehen. Die Maßnahme, bei der Mahd eine Teilfläche oder Rand- bzw. Mittelstreifen stehen zu lassen, kann ähnliche Effekte haben. Theoretisch wären durch ge-

zielte Bewirtschaftung von Grünland hohe Gemeinwohlleistungen zwar möglich, konkurrieren in der betriebsindividuellen Abwägung jedoch mit (Arbeits-)Wirtschaftlichkeit, Futterqualität und der sogenannten guten fachlichen Praxis. Sind es also die Bäuer*innen, denen Artenvielfalt und Klimaschutz nichts wert sind? Nein, es liegt nicht allein an den Höfen, die entsprechenden Entscheidungen zu Gunsten gesellschaftlicher Leistungen zu treffen. Auch Politik und Gesellschaft sind gefragt, Arten- und Klimaschutz der Grünlandbewirtschaftung zu bezahlen und dadurch den Betrieben zu ermöglichen. Es muss sich in Zukunft lohnen, auf Futterqualität und damit beispielsweise auf Milch aus dem Grundfutter zu verzichten. Von diesem Szenario sind wir aufgrund niedriger Erzeuger*innen- und hoher Pachtpreise jedoch weit entfernt.

In Wert setzen und fördern

Kostendeckende Erzeuger*innenpreise würden den Betrieben Handlungsräume ermöglichen und den Druck nehmen, um jeden Preis günstiges Grundfutter zu beschaffen. An dieser Stelle fehlen Konzepte, um die Leistungen der Betriebe in Wert zu setzen. Weidehaltungs- und Artenvielfaltlabel sind ein erster Schritt und zeigen den Verbraucher*innen, dass ein gesellschaftlicher Mehrwert im Produkt steckt. Bisher decken die Preisaufschläge jedoch nicht die tatsächlichen Kosten. Das Umbruchverbot für Grünland zeigt, dass der Wert politisch erkannt wurde. Das finanzstärkste und damit wichtigste agrarpolitische Instrument, die europäische Gemeinsame Agrarpolitik (GAP), bleibt jedoch weitgehend ungenutzt. Es ist dringend notwendig, mit der anstehenden Reform die Gelder der ersten Säule an Gemeinwohlleistungen zu binden und u. a. Weidehaltung, Klima- und Artenschutz auf Grünland zu fördern. Die AbL hat mit dem Punktesystem einen konkreten Vorschlag für die GAP-Reform vorgelegt. Auch länderspezifische Förderprogramme der zweiten Säule für extensive Grünlandbewirtschaftung oder eine Weideprämie sind hilfreich, decken in vielen Fällen jedoch nicht die tatsächlichen Kosten.

Elisabeth Fresen, Mutterkuhhalterin und AbL-Bundesvorsitzende
AbL-Papier zur GAP: www.abl-ev.de



Arteiches Grünland bringt Leistungen, die auch honoriert werden müssen Foto: Weiss/pixelio

Pflanzengesellschaft, welche wiederum Bodenleben, -struktur und Humusaufbau und somit auch die Wasser- und Nährstoffspeicherfähigkeit beeinflussen. Wie in der gesamten Landwirtschaft ist auch auf Grünland stark standort- und betriebsabhängig, wie intensiv bzw. extensiv gewirtschaftet werden kann und sollte. Häufig bestehen Zielkonflikte, wie beispielsweise zwischen hohen Futterqualitäten für eine möglichst hohe Milchleistung aus dem Grundfutter einerseits und späten Mähterminen für die Artenvielfalt andererseits. Der Großteil des Grünlands in Deutschland (56 %) wird als Weide genutzt. Zu betonen

Grünland fast 50 % mehr Kohlenstoff gespeichert als unter Wald.

Kuhfladen als Lebensgrundlage

Einen wichtigen Beitrag zur Artenvielfalt leisten Weidetiere durch ihre Ausscheidungen. Ein einziger Kuhfladen ist Lebensgrundlage für gut 250 Gramm Insektenmasse, die wiederum Nahrungsquelle für Vögel ist. Den Bewuchs an Kotstellen meiden Weidetiere, wodurch Geilstellen entstehen. Diese können zeitlich versetzt zueinander zur Blüte kommen und sind somit über längere Zeiträume Nektarquellen. Geilstellen und überständige Pflanzen bie-

Gemeinsam geht mehr

Tagung zum Projektabschluss: „Was geht auf dem Hof? Reinigung und Nachbau von Getreide“

Möglichkeiten für bäuerliche Betriebe zur Aufbereitung bzw. Reinigung von Getreide für den menschlichen Konsum oder für Saatgut zum Nachbau wurden bei einer Tagung der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft Nordrhein-Westfalen (AbL NRW) am 30. Januar in Bad Sassendorf diskutiert. Unter den Gesprächsthemen waren günstige Aufbereitungsmaschinen bei Ebay, Qualitätsanforderungen von Keksherstellern und Nachbaugebühren. Die Veranstaltung bildete den Abschluss des von der Stiftung Umwelt und Entwicklung NRW geförderten Projektes „Saatgut: Vielfalt in Bauern- und Gärtnerhand“.

Gebrauchtmaschinen

Peter Angenendt produziert auf seinem Bio-Hof gemeinsam mit anderen Vermehrern Saatgut, das er über seine Firma „Münsterländer Saatgut OHG“ verkauft. Er motivierte die Tagungsteilnehmer, dass eine bäuerliche Aufbereitung für die Erzeugung von Saatgut für den eigenen Bedarf gut zu schaffen sei. Die Investitionskosten für Aufbereitungsmaschinen würden bei 2.000 Euro beginnen und könnten bis ins Unendliche gesteigert werden, wobei Gebrauchtmaschinen völlig ausreichend seien. Da es bei der Aufbereitung stark staube, sei der Einsatz im Freien auch eine Option. Als einfache Grundausstattung empfiehlt er einen Trommelreiniger. Als professioneller Saatgutproduzent setzt Peter Angenendt als erstes eine Siebmachine mit Bürste ein, die Staub, Steinbrand oder Grannen entfernt oder Dinkelvesen trennt. Von Mutterkorn befallenes Getreide kann mittels Trierer oder Tischausleser aussortiert werden. Beim Drusch für Saatgut sei Sorgfalt nötig und er bevorzuge eine Getreidefeuchte von 15 statt 14 % für weniger Bruchkorn. Das eigene Saatgut sollte auf samenbürtige Krankheiten getestet werden und nur im Krankheitsfall gebeizt werden. Die Aufbereitungskosten schätzt Peter Angenendt für Getreidesaatgut auf vier bis fünf Euro/dt.

Anspruchsvolle Kekshersteller

Nach Ansicht von Dr. Bernd Nagel-Held, Geschäftsführer der Eickernmühle in Lemgo, ist die Aufbereitung von Getreide für den menschlichen Konsum sehr anspruchsvoll und nicht für jeden bäuerlichen Betrieb das Richtige, sodass besser die Kräfte auf einigen Betrieben gebündelt und mit ihnen kooperiert werden sollte. Denn die Gesetze, die z. B. Höchstgehalte von Pflanzenschutzmitteln, Schwermetallen oder Mykotoxinen (Schimmelpilzgifte)

regeln, hätten „keinen Humor“. Für ihre Einhaltung seien teure Aufbereitungsmaschinen nötig wie Farbausleser zur kompletten Entfernung von Mutterkorn. Auch Mühlen hätten teilweise Probleme, Getreide mit dem Schimmelpilzgift Ochratoxin auszusortieren, das in kleinen „Nestern“ im Getreidelager entsteht, wo es feucht ist. Es sei notwendig, viele Proben zur Untersuchung des Getreides zu nehmen. Sowohl ein gutes Verhältnis zur Lebensmittelüberwachung sei wichtig als auch eine Haftpflichtversicherung, die in Schadensfällen einspringe. Große industrielle Kekshersteller würden aber meist die gesetzlichen Bestimmungen stärker verfolgen als kleine Handwerksbäckereien.

Auf Augenhöhe

Die „Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugesetze und Nachbaugebühren“ (IGN) setze sich schon seit mehr als 20 Jahren für das Recht auf Nachbau und einen Umgang auf Augenhöhe zwischen Bauern und Züchtern ein und es wurden schon viele Gerichtsverfahren gewonnen, so der Geschäftsführer der AbL und IGN, Georg Janßen. Der Rechtsanwalt Jens Beismann, der die IGN-Mitglieder vertritt, stellte die aktuelle Gesetzeslage bei der Aufbereitung von Erntegut vor. Es dürfen nicht alle Kulturen nachgebaut werden, z. B. die Gelbe Lupine ja, nicht aber die Blaue Lupine und keine Hybridsorten. Briefe der Saatgut-Treuhandverwaltung (STV) bezüglich Nachbaugebühren müssten nur beantwortet werden, wenn sie sich auf das aktuelle Wirtschaftsjahr beziehen und konkrete Sorten angegeben sind. Er berichtete, dass Aufbereiter und Saat-

guthändler oftmals dazu verpflichtet seien, Daten an die STV weiterzugeben. Auch Vermieter von mobilen Aufbereitungsmaschinen gelten teilweise als Aufbereiter, wenn sie beim Aufbereitungsprozess anwesend sind. Damit auch Bäuerinnen und Bauern, die sich eine Aufbereitungsmaschine teilen, nicht als Aufbereiter gelten, sollten sie am besten eine mobile Anlage nutzen, die alle selbstständig bedienen können. Wenn es sich um eine Saatgutmischung handelt, müssen die Sortennamen bei der Aufbereitung nicht angegeben werden.

Brasilianische Kleinbauern

Uwe Hartmeier ist gemeinsam mit der Brasiliengruppe der AbL NRW im Austausch mit der Kleinbauernorganisation Assesoar im Süden von Brasilien und berichtete, dass dort wenige Großgrundbesitzer einen Großteil des Landes besitzen. Laut „Censo Agro 2017“ der brasilianischen Statistikbehörde IBGE bewirtschaften 4,5 Millionen Kleinbauern mit bis zu 100 ha eine Fläche von 72 Millionen Hektar, während nur 2.400 Großgrundbesitzer mit jeweils mehr als 10.000 ha bereits 52 Millionen Hektar besitzen. In Brasilien wird viel gentechnisch veränderter Mais, Soja und Zuckerrohr angebaut. Die Kleinbauernorganisation Assesoar hat ein Saatgut-Haus aufgebaut, wo bäuerlich gezüchtete, regionale Sorten von Bäuerinnen und Bauern gesammelt und bezogen werden. Sie überprüfen dort auch regelmäßig, ob Saatgut gentechnisch verunreinigt wurde.

Svenja Holst, AbL-NRW-Projekt Saatgut: Vielfalt in Bauern- und Gärtnerhand



Regierungsmaßnahmen Corona

Die Bundesregierung hat ein umfangreiches Maßnahmenpaket im Zusammenhang mit Corona und Landwirtschaft beschlossen. Neben arbeitsrechtlichen Lockerungen im Hinblick auf osteuropäische Arbeitskräfte gibt es auch Anpassungen, um einheimische Arbeitskräfte, die aufgrund der Corona-Krise nicht in ihren Berufen arbeiten können, oder Vorruhestandler und Rentner unkompliziert in der Landwirtschaft beschäftigen zu können. Es gibt einen Kündigungsschutz bis Ende Juni für Schwierigkeiten bei Pachtzahlungen und Möglichkeiten, als „systemrelevante Branche“ Notbetreuung für Kinder in Anspruch nehmen zu können wie auch in Quarantänesituationen den Betrieb aufrechterhalten zu können. cs



Besichtigung einer Saatgutreinigung

Foto: Holst

„Grundsätzliche Bedenken“

Onno Poppinga zu den „Empfehlungen“ der Borchert-Kommission

Kürzlich wurden die „Empfehlungen des Kompetenznetzwerkes Nutztierhaltung“ – der sogenannten „Borchert-Kommission“ – vorgelegt. Sie beginnen mit einer Beschreibung der Mängel in Haltung und Zucht in vielen Bereichen der Nutztierhaltung. So ist es leider; dem muss man wohl zustimmen. Nichts wird dazu gesagt, wie denn das alles entstanden ist, welches Denken und welche Interessen dafür verantwortlich sind. Wenn man sich nicht mit den Schlacken aus den Vorstellungen über eine Industrialisierung der Landwirtschaft auseinandersetzt, ist es aber wenig wahrscheinlich, gescheite Ansatzpunkte für eine Neuausrichtung zu finden.

Die Vorschläge

Die Landwirtschaft wird als „starker, innovativer Wirtschaftssektor“ gesehen. Der Selbstversorgungsgrad ist in den letzten Jahren bei Geflügelfleisch von 92 % auf 100 %, bei Schweinefleisch von 103 % auf 120 % und bei Käse von 114 % auf 126 % gestiegen. Was hier nur als Anstieg des Selbstversorgungsgrades beschrieben wird, hat eine Kehrseite: Ein gewachsener Anteil der inländischen Erzeugung muss in die anderen EU-Länder und in Drittlandsmärkte exportiert werden. Der sich daraus ergebende Preisdruck war und ist aber ein wesentlicher „Treiber“ für die Intensivierung der Tierhaltung, für die

Konzentration der Bestände und eben auch für die Zunahme der nicht artgerechten Formen der Tierhaltung. Auch die mit diesen Vorgängen einhergehende Konzentration der intensiven Tierhaltung in spezifischen Regionen, die Aufgabe vieler zehntausender landwirtschaftlicher Betriebe sowie die daraus resultierenden Umweltprobleme werden nicht problematisiert. Obwohl es nicht zuletzt die europäische Agrarpolitik mit ihrer Strategie der Massenproduktion bei niedrigen Preisen sowie eine komplementär dazu betriebene Investitionspolitik waren, die viele der intensiven Tierhaltungsbetriebe zum Bau von Ställen und zu einem Umgang mit den Tieren verleitet haben, die zu grundsätzlichen Akzeptanzproblemen bei Teilen der Bevölkerung geführt haben, wird die Weltmarktausrichtung nicht in Frage gestellt. Auch der „Preismechanismus“ soll wirksam bleiben und es wird behauptet, die Preise ergäben sich „am Markt durch Angebot und Nachfrage“. Übersetzt in die Wirklichkeit der Landwirte bedeutet das: Die (fast) monopolartige Beherrschung der Märkte, die Machtposition von Unternehmen wie beispielsweise Tönnies gegenüber den Schweinehaltern, Deutsches Milchkontor gegenüber den Milchbauern und Wesjohann gegenüber den Hühnerhaltern werden andauern. Die von den Unternehmen mit intensiver Tierhaltung so dringend er-

hoffte Wiedergewinnung der verlorenen „Akzeptanz“ in der Gesellschaft soll dadurch erreicht werden, dass die Haltungsbedingungen der Tiere verbessert werden. Da verbesserte Stallsysteme zu „Weltmarktpreisen nicht wettbewerbsfähig wären“, sollen die Betriebe als Ausgleich eine „Tierwohlprämie“ für erhöhte laufende Kosten sowie eine Investitionsförderung für Um- und Neubauten erhalten. Diese „Tierwohlprämie“ müsse langfristig verlässlich sein; angedacht werden Vereinbarungen mit einer Dauer von 20 Jahren (!!!) zwischen staatlichen Stellen und den Betrieben mit Intensivhaltung. Als möglicher Betrag werden 500 Euro (!!!) je Großvieheinheit und Jahr ins Spiel gebracht. Allerdings ist aus der jüngeren Geschichte lernbar, dass es keinesfalls sicher ist, dass von diesem „Geldsegen“ die Landwirte auch wirklich profitieren werden. Die Unternehmen der „aufnehmenden Hand“ können mit ihrer Marktmacht auf die neue Prämie mit einer Verminderung der Auszahlungspreise reagieren – so geschehen seinerzeit bei der Einführung der Ökopremien. Angesichts der eigenen Einschätzung der Kommission, große Teile der Nutztierhaltung seien „gegenwärtig weit von den gesellschaftlich gewünschten Haltungsbedingungen entfernt“, sind die Forderungen an die drei Stufen, in denen die Haltungsbedingungen verbessert werden sollen, aber eher auffällig bescheiden und vor allem von geringer Klarheit, denn ausgeführt wurde dazu:

Stufe eins, „Stall plus“ genannt: „mehr Platz, mehr Beschäftigungsmaterial“; Stufe zwei, „verbesserte Ställe“ genannt: „zusätzlicher Platz, Strukturierung, Klimazonen möglichst mit Kontakt zum Außenklima, teilweise Planbefestigung u. a.; Neubauten mit Kontakten zum Außenklima, Umbauten möglichst mit Kontakten zum Außenklima“; Stufe drei, „Premium“ genannt: „mehr Platz als in den Stufen eins und zwei, Auslauf bzw. Weidehaltung (Rinder und Geflügel), weitgehend die Haltungsbedingungen des ökologischen Landbaus“. Zeitlich sind extrem lange Spannen für diese Veränderungen vorgesehen: Bis 2030 soll die gesamte Nutztierhaltung an die Stufe eins, bis 2040 mindestens an die Stufe zwei angepasst werden. Es dürfte wenig wahrscheinlich sein, dass angesichts dieser doch sehr bescheidenen Änderungen in der Haltung der Tiere, der

sehr langen Anpassungszeiten und der hohen Förderbeträge das erhoffte Ziel – Wiedergewinnung der gesellschaftlichen Akzeptanz – wirklich erreicht werden kann. Denn gesellschaftliche Akzeptanz ist sehr umfassend: keine Futtermittelskandale mehr, keine Diskussion mehr über den Zusammenhang zwischen intensiver Tierhaltung in Europa und Sojabohnenimporten aus Südamerika, generell keine negativen Berichte mehr in den Medien; keine Stalleinbrüche, die Wiedergewinnung einer positiven Einstellung zu den Lebensmitteln.

Verbrauchssteuer zur Finanzierung

Nach einer knappen Darstellung, welche Formen der Geldbeschaffung für die „Tierwohlprämien“ im Prinzip in Frage kommen könnten, wurde offenbar mit großer Zustimmung fast aller beteiligten Verbände entschieden, über eine neu einzuführende Verbrauchsabgabe auf Fleisch und Milchprodukte das Geld für die „Tierwohlprämie“ einzutreiben. Konkret würde das bedeuten, dass auch die Arbeitslosen und Rentner, die prekär Beschäftigten und generell Menschen mit geringem Einkommen das Geld dafür aufbringen müssten, dass die Betriebe mit intensiver Tierhaltung – die mit ihrem System jahrzehntelang überdurchschnittliche Gewinne gemacht haben – sich jetzt zu einigen Änderungen bereit erklären. Zwar wird in den „Empfehlungen“ angesprochen, dass bei dieser Form der Finanzierung der Tierwohlprämie Haushalte mit niedrigem Einkommen stärker belastet werden als solche mit hohem und es wird als Möglichkeit angedeutet, die Hartz-IV-Sätze anzuheben, die Einkommensteuer in niedrigen Einkommensgruppen abzusenken oder pauschale Einkommenstransfers an Haushalte mit niedrigem Einkommen einzuführen. Warum sollte der Staat dafür Steuermittel bereitstellen können, die er angeblich für eine direkte Übernahme der Zahlung der „Tierwohlprämie“ nicht hat? Für den erforderlichen Eigenbetrag der Betriebe mit intensiver Tierhaltung werden (bescheidene) zehn Prozent genannt; von Beiträgen der Großschlachthöfe und Großmolkereien, von Beiträgen von „Aldi und Co.“ ist dagegen nicht die Rede. Dabei ist angesichts der weit fortgeschrittenen Konzentrationsprozesse in der Hühner- und Schweinehaltung



Perspektive für möglichst viele Schweinehalter?

Foto: Wiedmann

Fortsetzung Seite 17 unten

„Viele warten darauf“

Schweinemäster Jürgen Dierauff von der Interessengemeinschaft der Schweinehalter Deutschlands (ISN) zu Umbauplänen für die Tierhaltung

Unabhängige Bauernstimme: Nun sind die Pläne des Kompetenznetzwerkes Nutztierhaltung veröffentlicht. Über einen steuerlichen Aufschlag auf Fleisch an der Ladentheke sollen langfristige Investitionen der Landwirtschaft in Haltungssysteme mit mehr Tierwohl finanziert werden. Was halten Sie davon?

Jürgen Dierauff: Ich stehe den Vorschlägen grundsätzlich sehr positiv gegenüber. Endlich gäbe es dann eine Unterstützung für Landwirtschaft, die mehr macht als nur den gesetzlichen Standard. Das wollte ja auch die Initiative Tierwohl (ITW), aber am Ende kann man mit 5,30 Euro keinen Auslauf- oder Pigport-Stall bauen. Eigentlich hätte der Handel das Dreifache einsammeln müssen, aber das klappt offensichtlich nicht. Deshalb brauchen wir staatliche Anreize.

Und wie nehmen Sie die Stimmung unter den Berufskollegen wahr?

Viele warten darauf. Die Frage ist: Schafft es der Staat, das zu finanzieren und ein Gesetz zu machen, das die Gesellschaft akzeptiert? Ich und auch die

ISN – wir begrüßen die Idee ausdrücklich, wohl wissend, dass auch nicht alle Landwirte begeistert sind. Die Stimmung ist so fifty-fifty. Jetzt müssen die Details festgelegt werden. Und wenn der Staat das entsprechend gestaltet und Genehmigungen erteilt, dann sehe ich in Zukunft nicht mehr den klassischen Vollspaltenstall, sondern auch Ausläufe ins Freie und Pigports.

Der Teufel steckt ja oft im Detail, wo sehen Sie Schwierigkeiten?

Durch die Festlegung auf die Anhebung der gesetzlichen Standards in 2030 und 2040 sehe ich die Schwierigkeit, dass sich dadurch die Preisbildung anpasst und Nachteile für Schweinehalter in Deutschland entstehen. Ich würde Zielvorgaben formulieren und keine Festlegung neuer gesetzlicher Standards machen. Wir können das Preisbildungssystem nicht ausblenden und sollten uns davor hüten, wie Schweden oder Großbritannien die eigene Erzeugung durch höhere Standards herunterzufahren und viel aus dem Ausland zu importieren.

Noch ist ja auch gar nicht klar, wie genau die Kriterien für die Haltungsstufen ausgestaltet werden, beispielsweise heißt es „Kontakt zu Außenklima“, was ist davon zu halten?

Kontakt zu Außenklima kann nicht nur sein: „Ich mache ein Fenster auf.“ Da gibt es ja auch inzwischen genügend Beispiele aus der Praxis für Ausläufe oder Balkone. Es wird mit Sicherheit auch nicht der Auslauf auf der grünen Wiese sein, den viele Menschen häufig vor Augen haben.

Müssen zukunftsfähige Stallsysteme nicht so angelegt sein, dass sie ohne



Jürgen Dierauff blickt positiv auf die Borchert-Pläne

Foto: privat

das Kupieren der Schwänze funktionieren?

Im Papier der Borchert-Kommission ist nicht definiert, dass es ohne das Kupieren der Schwänze funktionieren muss. Ich kann das als Ziel definieren und dann muss ich mich da rantasten. Es geht beim Schwänzekupieren schließlich nicht nur um die Haltung, sondern auch um andere Faktoren, wie die Genetik und das Management.

Eine gerade auch von Verbraucherverbänden geäußerte Kritik am Papier ist, dass durch die Abgabe auf den Verbrauch besonders Geringverdienende

den Umbau der Tierhaltung mit bezahlen müssen.

Die Verbraucherverbände, die höhere Standards von uns fordern, verfallen, wenn einige Cent mehr gezahlt werden sollen, in Katzenjammer. Die entscheidende Frage ist doch dann, was ist mir näher: das Geld oder die Veränderung? Die Gesellschaft muss entscheiden, ob sie das will. Wir sollten als Landwirtschaft nicht Sozialpolitik über niedrige Preise machen. Sozialpolitik ist dem Staat vorbehalten.

Vielen Dank für das Gespräch! cs

Betrieb Dierauff

Jürgen Dierauff hat im fränkischen Herbolzheim zwischen Nürnberg und Würzburg mit seiner Familie einen Schweinemast- und Ackerbaubetrieb. Er hält 2.600 Mastschweine in drei unterschiedlichen Stallsystemen vom klassischen Vollspaltenstall über einen ITW-Stall bis zu einem Strohhaltungssystem. Er wirtschaftet auf 80 Hektar Acker und in Kooperationen mit Ackerbaubetrieben in der Nachbarschaft. Dierauff ist Vorstandsmitglied der Interessengemeinschaft der Schweinehalter Deutschlands e. V. (ISN)

Fortsetzung von Seite 16

davon auszugehen, dass ein sehr großer Teil der Tierwohlprämie ausgerechnet an Unternehmen gehen wird, die in der Größenordnung einer Massentierhaltung liegen. Die Sicherstellung artgerechter Formen der Tierhaltung ist aber ebenso wie die Herstellung von Rahmenbedingungen, die angemessene Einkommen für die Landwirte ermöglichen, eine öffentliche, eine staatliche Aufgabe. Die Beschaffung der Gelder für die „Tierwohlprämie“ über eine Verbrauchssteuer wäre dagegen der Ansatz mit dem denkbar größten sozi-

alpolitischen Schaden. Dieser wird noch vergrößert dadurch, dass die Steuer nicht an den Preis der Fleisch- und Milchprodukte gekoppelt sein soll, sondern an die bloße Menge, ans Gewicht. Das bedeutet: Die Menschen mit geringem Einkommen, die auch eher preiswerte Lebensmittel einkaufen, zahlen einen relativ höheren Aufpreis als die, die Steaks und Filet in den Einkaufswagen legen. Diese Kritik an einer Verbrauchssteuer bedeutet mitnichten, dass Verbraucher in ihrer Rolle als Bürger sich nicht an der Verbesserung der Lebensbedingungen der Tiere beteiligen könnten. Im Gegenteil: Angesichts der

Machtposition und Verweigerungshaltung der Unternehmen der „aufnehmenden Hand“, angesichts der freiwilligen Abhängigkeit von den Interessen eben dieser Unternehmen, in die sich die staatliche Agrarpolitik begeben hat, könnte interessierten Bürger zur Finanzierung beispielsweise artgerechter Ställe eine sehr große Bedeutung zukommen. Das funktioniert aber nur, wenn die Menschen überzeugt von einem Vorhaben sind, wenn sie sich freiwillig entscheiden können. Das ist etwas sehr grundsätzlich anderes als eine Verbrauchssteuer auf Lebensmittel. Die Betrachtung der „Empfehlungen“ der

Borchert-Kommission übers Ganze vermittelt den Eindruck, dass die Vertreter der Intensivtierhaltung bezüglich der Haltungsformen nach wie vor kein Problembewusstsein haben; wegen der verlorengegangenen Akzeptanz sind sie aber doch bereit, gegen die Zusicherung langer Umstellungsfristen und gegen hohe Prämien über lange Zeiträume hinweg sich ein kleines bisschen zu bewegen. Das Ganze finanziert durch eine Verbrauchssteuer, die Menschen mit geringem Einkommen besonders belasten würde.

Onno Poppinga,
erm. Prof. für Agrarpolitik

„In meinen Augen ist dann Schluss“

Ein Milchbetrieb versus Immobilienmakler mit Landwirtschaftskonzept

Milchmarkt und Corona

Corona wirbelt die Märkte durcheinander, so auch den Milchmarkt. Während Exporte nach China schon Anfang des Jahres eingebrochen sind und erste Molkereien sich Hoffnung auf Erholung machen, hat sich die Lage in Richtung Italien dramatisiert. Es gebe Bedarf, aber kaum Möglichkeiten der Verarbeitung und des Transports, so eine Allgäuer Molke- rei. Die inländische Situation hat sich nach einem kurzen „Hamsterkauf-Hoch“ wieder normalisiert, der Preis auf dem Spotmarkt gibt eher nach. Die Proteste der Bauern und Bäuerinnen gegen die Preisdrückversuche von Aldi, kurz bevor die Corona-Entwicklung eskalierte, hatten ein Einlenken des Handelskonzerns zur Folge, das aber wohl nur bei Milch und nicht bei Käse Bestand haben könnte. Aufgrund der Situation in Italien fordert eine Südtiroler Molkerei ihre Lieferanten zu Mengenreduktionen über beispielsweise Kraftfuttereinsparungen, früheres Trockenstellen und die Verfütterung von Milch an Kälber auf. Das European Milk Board wie auch die AbL begrüßen solche Aktivitäten zur Absicherung des Milchpreises, weisen aber auch darauf hin, dass genau solche Initiativen eigentlich von der Politik gefordert seien. cs

Es handelt sich um ein Filetstück, ein Grundstück mit Bebauungsplan und noch 14 Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche drum herum. Hamburgs Innenstadt ist gerade einmal dreißig Minuten mit der S-Bahn plus eine kurze Autofahrt entfernt. Ganz klar ein Objekt für Investoren. Aber Hauke Jaacks (57) war sich sicher, als aktiver Landwirt nach dem Grundstücksverkehrsgesetz Vorrang beim Kauf zu haben, als die Eigentümer diese Flächen anboten. Das war 2017, ein Jahr, bevor seine Pachtverträge für genau diese Flächen ausliefen. Die Autofahrt endet vor einem Waldstück, rechter Hand befindet sich die Hofstelle von Hauke und Svantje Jaacks. Es ist kaum noch zu spüren, dass um die Ecke 1,8 Millionen Menschen auf geballtem Raum leben. Hauke Jaacks ist zurzeit Presse gewohnt. Routiniert führt er durch den Kuhstall, die Rotbunten sind klar in der Überzahl. „Tief in unserem Herzen sind wir Rinderzüchter“, sagt Jaacks. Seine Frau Svantje Jaacks (45) stammt aus einer Rinderzüchter-Familie. Sie nehmen mit ihren Tieren regelmäßig an Bundesschauen teil. Insgesamt umfasst der Hof 340 Rinder, davon 140 Milchkühe. Aber die Hofstelle ist gepachtet, also die Geräteschuppen, das Wohnhaus, der Kuh- und Färsenstall. Familie Jaacks hat kaum Investitionen getätigt. Lediglich den Kuhstall haben sie in einem Anbau vergrößert und den Fischgrätenmelkstand um vier Plätze erweitert.

Verkauft Land

„Hier ist der Kreis Pinneberg.“ Hauke Jaacks sitzt am Esszimmertisch und hält die Hände vor dem Bauch. Vor ihm liegt auf dem Tisch eine Flurkarte, die den nördlichen Ausschnitt von Hamburg zeigt. Die Karte hört vor der Grenze zum Kreis Pinneberg auf, dort verkaufte er seinen elterlichen Betrieb. Warum? „Mit der neuen Hofstelle hatte ich mehr Möglichkeiten, den Betrieb zu vergrößern und weiterzuentwickeln“, sagt er. Sein Finger zeigt auf der Karte seine jetzige Hofstelle mit den dazugehörigen 14 Hektar Land, beides seit 2003 gepachtet. Dann fährt der Finger weiter und zeigt auf umliegende Flächen, die er bewirtschaftet. Insgesamt 150 Hektar, davon ein Drittel Eigentum. Einen Teil seiner Flächen pachtet er von der Stadt Hamburg zu einem passablen Preis. Da ist auch Elbland dabei, also Innendeichland und ehemaliges Außendeichland. Sobald die Flächen trittfest sind, steht das Jungvieh, das älter als ein Jahr ist, den gesamten Sommer über auf der Weide. Die umliegenden Pferdehöfe liefern Stroh. „Da haben die Pferde nur eine Nacht drauf geschlafen“, sagt Hauke Jaacks. Auch laden die Pferdebetriebe beschädigte Silageballen

kostenlos auf dem Hof ab. „Wenn da nur ein Loch drin ist, muss der vom Hof“, so Jaacks. Fristgerecht vor Ablauf des Pachtvertrags im Jahr 2018 hat Hauke Jaacks beim Verpächter sein Kaufinteresse bekundet. Es zeichnete sich ab, dass die Kinder kein Interesse am Betrieb haben. Über Umwege hat er erfahren, dass es einen Käufer für den Betrieb gibt. Daraufhin hat er bei der Wirtschaftsbehörde sein Kaufinteresse bekundet und den Kaufpreis erfahren, „eine exorbitante Summe“, wie Jaacks sagt. Aber nach Rücksprache mit seiner Bank hat er binnen der Drei-Tage-Frist der Behörde mitgeteilt, dass er den Betrieb plus Flächen dafür kaufen würde. Der Zuschlag ging trotzdem nicht an Jaacks, nicht an den aktiven Landwirt, sondern an einen außerlandwirtschaftlichen Investor. Nach Berichten des NDR handelt es sich bei den Käufern um ein Immobilienmaklerpaar. Was bedeutet diese Entscheidung für den Hof? „In meinen Augen ist dann Schluss“, sagt Hauke Jaacks.

Noch mehr Pferde

Telefonisch wolle er keine Fragen beantworten, aber schriftlich, sagt Christian Földner, Pressesprecher der Wirtschaftsbehörde. Er schreibt: „Das Grundstücksverkehrsgesetz sorgt dafür, dass landwirtschaftliche Flächen nicht bedenkenlos verkauft und damit der Landwirtschaft entzogen werden. Deshalb gibt es einen behördlichen Prüf- und Genehmigungsvorbehalt. Das Grundstücksverkehrsgesetz bietet damit aber keinen Konkurrenzschutz dergestalt, dass ein Pächter verhindern kann, dass ein anderer Landwirt die Flächen privatrechtlich erwirbt. In dem vorliegenden Fall ist die fragliche Pachtfläche von der privaten Eigentümerin an eine GbR verkauft worden, die auf der Fläche nachweislich eine landwirtschaftliche Nutzung eta-

blieren will, nämlich eine Pferdezucht und Pensionspferdehaltung auf eigener Futtergrundlage.“ „Es kann der Stadt Hamburg doch nicht egal sein, ob immer mehr Milchbetriebe mit wertvoller Weidehaltung aus der Randlage von Hamburg verschwinden“, sagt Georg Janßen, Bundesgeschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL), „das ist doch auch Aufgabe einer Stadt, eine vielfältige Struktur mit nachhaltiger Weidehaltung zu erhalten.“ Auf der Webseite der Stadt Hamburg sind 14 Reiterhöfe aufgelistet, auch in unmittelbarer Nähe von Familie Jaacks. Gleichzeitig gibt es in Hamburg derzeit noch zehn Milchbetriebe.

Weiter kämpfen

„In meiner Familie und den zwei Generationen davor fangen alle mit H an“, sagt Hauke Jaacks zum Namen seines sechsjährigen Sohnes Harm. „Ich hatte kein Mitspracherecht“, erwidert Svantje Jaacks und lacht. Sie wirbelt durch das Esszimmer, stellt die Kaffeekanne auf den Tisch und ist schon wieder weg. Hauke Jaacks hat mit dem Verpächter einen Vergleich ausgehandelt, den Betrieb noch einige Jahre weiterpachten zu können. Wie viele Jahre, darüber hat er Schweigepflicht, auch die Namen seiner Verpächter darf er nicht öffentlich nennen. Hauke Jaacks wendet sich jetzt an die Presse, er informiert die Politik. Nach einigen Anstrengungen hat er die Bezirksversammlung Altona auf seiner Seite. Sie fordert die Wirtschaftsbehörde zu einer Stellungnahme auf, die noch aussteht. Das bestätigt auch Christian Földner. Hauke Jaacks hat Widerspruch bei der Wirtschaftsbehörde eingelegt, weil er Verfahrensfehler sieht. Er kämpft weiter dafür, dass er den Betrieb bekommt.

Berit Thomsen, AbL



Wie lange streut Bauer Jaacks noch ein?

Foto: Thomsen

Strategien für die Landwirtschaft

„Klimaschutz- und Klimaanpassungsstrategien in der Landwirtschaft“

Die Landwirtschaft steht an einem Scheideweg. Gibt es ein „Weiter so“, oder muss ein Umdenken stattfinden? Das war die zentrale Frage auf der Frühjahrstagung der AbL Bayern (Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e. V.). Im vollen Saal beim Oberwirt in Obing begrüßten die Landesvorsitzenden der AbL in Bayern, Josef Schmid und Gertraud Angerpointner, die zahlreichen Gäste. Im ersten Vortrag erläuterte Rebekka Eichstädt vom Landesamt für Umwelt die „Klimaentwicklung in Bayern und Folgen für die Landwirtschaft“. Sie zeigte, dass die Jahresmitteltemperaturen in Bayern seit 1890 gestiegen sind. Zugleich habe die Emission von CO₂ deutlich zugenommen. Als Anpassungsstrategien können Humusaufbau als Wasserspeicher, eine Minimierung der Verdunstung (Mulchen) und eine der Temperatur angepasste Sorten- und Artenwahl dienen, so Eichstädt. Zu erwarten seien mehr Niederschläge in Nordeuropa und Trockenheiten im Süden. Es werde seltener Niederschläge geben, aber vermehrt Starkregen. Laut Eichstädt trägt die Landwirtschaft mit etwa sieben Prozent zu den Treibhausgasemissionen in Deutschland bei. Nicht enthalten seien dabei Emissionen aus der Herstellung eingesetzter Maschinen und Geräte oder aus der energieintensiven Produktion von Mineraldünger. Werden diese mit einbezogen, erhöht sich der Anteil der Landwirtschaft auf rund 12,9 %. Abhilfe schaffen können eine Senkung der Stickstoffüberschüsse, der Ausbau des Ökolandbaus, Emissionsminderungen in der Tierhaltung, Humuserhalt und -aufbau, der Erhalt von Dauergrünland und der Schutz von Mooren.

Große Unterschiede

Prof. Dr. Kurt-Jürgen Hülsbergen von der TU-München erläuterte in seinem Vortrag „Klimawirkungen ökologischer und konventioneller Betriebe und ihre Treibhausgas-minderungs- und -optimierungsstrategien“ anhand von für 10 Jahre auf 80 Höfen durchgeführten Studien. Beim Stickstoffeintrag in den Boden würde der Unterschied zwischen einem Öko- und einem konventionell arbeitenden Betrieb sehr offensichtlich.

Im Ackerbau beträgt der Stickstoffeintrag eines Ökobetriebes 142 kg/ha und Jahr, während ein konventioneller 246 kg/ha und Jahr in den Boden bringt. Bei Milchbetrieben fällt die Bilanz ebenfalls zu Gunsten des Ökobetriebes aus, nämlich 170 kg/ha im Ökobetrieb und 275 kg/ha bei konv. Milchbetrieben. Einen Beitrag zu diesem Resultat leistet auch die Verwendung von organischem statt mineralischem Dünger. Der Energieeintrag unterscheide sich zudem signifikant, sagte Prof. Hülsbergen. Während er bei ökologischen Betrieben bei 5 bis 10 Gigajoule (GJ) pro Hektar liege, betrage er bei konventionellen 10 bis 20 GJ/ha. Trotz unterschiedlicher Erträge und Leistungen liege der Energiebedarf bei Ökobetrieben durchschnittlich um etwa 20 % niedriger bezogen auf die Produkteinheit.

Weniger Dünger, gleiches Einkommen

Nach der Mittagspause zeigte Prof. Dr. Thomas Ebertseder von der Hochschule Weihenstephan-Triesdorf, welche Vor- oder Nachteile eine Reduzierung des Stickstoffeintrags in den Boden bringt. Eine gegenüber der Soll-Empfehlung um etwa 20 % verminderte Stickstoffdüngung bedeute nur eine Ertragsminderung bis zu 5 % und würde durch die Kosteneinsparung beim Dünger weitgehend ausgeglichen. Gerade in der aktuellen Debatte zur Düngeverordnung mit Befürchtungen wie „die Pflanzen verhungern bei 20 % weniger Stickstoff“ könnten die Erkenntnisse zur Versachlichung beitragen. Bei einer Reduzierung der Stickstoffdüngung um 40 % zeigte der 15-jährige Feldversuch eine Ertragsminderung um ca. 10 %. Bei der den Vorträgen folgenden Diskussion standen neben den Referenten auch die Landesvorsitzenden Gertraud Angerpointner und Josef Schmid zusammen mit Ludwig Huber vom AELF Traunstein und Tobias Fegg vom Verband der bayerischen Lehr- und Beratungskräfte Oberbayern auf dem Podium. Von allen Teilnehmern kam die Feststellung, Bauern erhielten keinen angemessenen Preis für ihre Erzeugnisse. Sie müssten ihren Leistungen gemäß entlohnt werden, sowohl für ihre Produkte als auch für ihre Leistungen in Bezug auf Umwelt und Gesellschaft.

AbL-Bayern

Matthias Stührwoldt erzählt: Corona in Stolpe

Heute Morgen habe ich den Text für diese Seite schon einmal geschrieben. Jetzt fange ich noch einmal von vorne an, weil sich wieder einmal alles geändert hat. Stolpe, mein Heimatdorf, ist fest im Griff des Corona-Virus. Was ist geschehen?

Am Mittwoch, 11. März, gab es im Gemeinderat eine Ausschusssitzung, bei der auch ich anwesend war. Einige Tage später wurde eines der Ausschussmitglieder positiv auf Corona getestet. Wie wir heute Morgen erfuhren, ist er – durch eine Krebserkrankung gesundheitlich angeschlagen – heute Nacht verstorben.

Nach Bekanntwerden dieser Infektion wurden alle Personen, die bei dem Ausschuss waren, sowie ihre im Haus lebenden Familienangehörigen unter häusliche Quarantäne gestellt. Seit Mittwoch, 18. März, bleiben Birte und ich zuhause. Die Kinder sind aus dem Haus; zum Teil waren sie auf Reisen und mussten zusehen, wie sie nach Schleswig-Holstein zurückkamen. Im Moment ist nur Nora noch unterwegs, in Costa Rica. Sie hofft, in der kommenden Woche nach Hause fliegen zu können. Die Kinder halten sich von uns fern und kaufen für uns ein, wenn wir etwas brauchen.

Während Birte überhaupt keine Symptome zeigt, fühlte ich mich schon seit Montag schlapp und abgespannt, weshalb ich am Mittwoch, nach Bekanntwerden der positiven Testung meines Gemeinderatskollegen, einen Test beantragte. Der erfolgte am Freitag. Telefonisch teilte eine Stimme mir mit, wo ich wann zu erscheinen habe. Ich darf nicht kommen, ich bin in Quarantäne, sagte ich. Sie müssen kommen, sagte die Stimme. Ich musste dann noch angeben, mit welchem Auto, mit welchem Nummernschild ich angefahren käme. Am Zielort angekommen, sollte ich im Auto warten. Zwei Menschen in Raumanzügen kamen zu mir. Ich öffnete ein Fenster, und nach einigen Sekunden Vorgeplänkel rammte man mir ein Wat-teststäbchen in den Rachen.

Heute Morgen (Sonntag, 22. März) dann die Information, dass ich positiv getestet bin. Ich wurde unter weitere Quarantäne gestellt und musste eine Kontaktliste abgeben. Meine Mitarbeiter wurden auch unter häusliche Quarantäne gestellt; auf meinen Antrag hin gibt es aber eine Ausnahmegenehmigung. Sven darf zur Stallarbeit kommen. Burner, mein Lehrling, hat keinen Führerschein. Mit öffentlichen Verkehrsmitteln darf er nicht fahren. Abholen darf ihn auch niemand. Also muss er zuhause bleiben und ich muss – Corona-positiv, wie ich bin – gemeinsam mit Sven den Stall machen. Wir werden darauf achten, uns nicht zu nahe zu kommen.

Inzwischen sind – außer mir – noch mindestens zwei weitere Ausschussmitglieder erkrankt; eine von uns – gesundheitlich vorgeschädigt – liegt auf der Intensivstation und muss beatmet werden. Ihr Mann, ebenfalls im Ausschuss und unter Quarantäne, darf nicht bei ihr sein. Ich weiß nicht, wie das anders zu lösen ist, aber das finde ich wirklich schlimm: Dass die Schwerkranken ganz alleine sind, auch dann noch, wenn es vielleicht zu Ende geht.

Am Freitag, 13. März, wurde in Stolpe noch eine Hochzeit gefeiert. Einer von uns aus dem Ausschuss, der auch positiv getestet wurde, war dort. Nun steht die ganze Hochzeitsgesellschaft unter häuslicher Quarantäne. Stolpe, mein Heimatdorf, ist ein Hotspot dieser Epidemie. Oft düdelt das Smartphone vor sich hin und ich hoffe, dass es keine neuen schlechten Nachrichten sind... Der Mitarbeiter vom Gesundheitsamt sagte mir, dass es nach sieben Tagen mit Symptomen unwahrscheinlich sei, dass es bei mir noch schlimmer werde. Ich komme da durch. Und dem Rest der Familie geht es nicht schlecht. Also bleiben Birte und ich zuhause und haben uns lieb. Natürlich unter Beachtung der einschlägigen Abstandsregeln... Fast ist es tröstlich, dass ich nachher rausgehen kann, um die Kühe zu versorgen. Das Leben geht weiter. Egal, was ist: Gemolken wird immer. Auch heute.



Vorstand und Referenten der AbL-Bayern Frühjahrstagung

Foto: AbL-Bayern

Kommunikation ist alles

Eine der größten Herausforderungen im Prozess der Übergabe von Höfen ist sicherlich, den Gesprächsfaden nicht abreißen zu lassen. Nicht nur zwischen den Generationen, sondern auch unter den Partnern. Peter Jantsch beschreibt in seinem Buch „Glück und Gelingen im Familienbetrieb“ anschaulich in Beispielen anhand von sehr nachvollziehbaren Situationen, wo die Pferdefüße liegen und wie man es schafft, anders miteinander umzugehen. „Für mich ist Kommunikation ein Werkzeugkasten, der den Menschen dienen soll, in ihren Beziehungen zueinander authentisch, offen, konstruktiv und liebevoll zu sein“, schreibt Jantsch in seiner Einleitung. Man sollte diesen Werkzeugkasten immer und überall besser nutzen!

Glück und Gelingen im Familienbetrieb; Kommunikation und Konfliktlösung; Peter Jantsch, 25 Euro; ISBN 978-3-9821511-5-1; www.veraenderung.jetzt

Die souveräne Hofübergabe

Die Herausforderungen rechtzeitig und mit Vertrauen in sich und die nachfolgende Generation angehen

Die Hofübergabe beginnt nicht erst, wenn die Rente in greifbare Nähe rückt. Eigentlich beginnt der Übergabeprozess, wenn die Kinder aus der Pubertät und die Eltern in die Wechseljahre kommen, also so um die fünfzig etwa. Dann treten die Eltern aus der Rushhour aus, der Betrieb befindet sich oft in einer Konsolidierungsphase. Die Kinder werden eigenständiger und benötigen weniger Zuwendung. Das ist eine Lebensphase, in der Partnerschaften in der Regel auf den Prüfstand gestellt werden. Wenn Kinder oder Betrieb ihre Aufmerksamkeit nicht mehr so intensiv binden, müssen sich die Partner wieder vermehrt gegenseitig anschauen und sich fragen: „Was ist aus uns geworden? Was wollen wir noch vom Leben? Wollen wir das gemeinsam?“ Viele Paare realisieren dann, dass sie Neues lernen und sich weiterentwickeln müssen. Gleichzeitig wird sichtbarer, ob eines bzw. welches der Kinder später den Betrieb übernehmen möchte. In dieser Zeit werden wichtige Weichen gestellt. Wenn die zukünftigen Abgeber noch kraftvoll sind und der zukünftige Übernehmer in seine Kraft kommt und vermehrt Verantwortung übernehmen will, können das sehr starke Jahre für einen Betrieb sein. Zank und kräftezehrende Machtkämpfe bei verbissenem Schweigen sind aber oft die Realität. Das kostet alle Beteiligten viel Kraft und Motivation. Herausforderung für den Seniorchef ist, bei aller formaler Verantwortung, die er weiterhin trägt, zunehmend vom Chef zum Berater des neuen

Chefs zu werden. Die angehenden Übernehmer müssen sich darin üben, mit Augenmaß für den gesamten Betrieb Verantwortung zu übernehmen. Gleichzeitig werden die Art und Weise der Kommunikation und wie Berufs- und Privatleben miteinander gelebt werden, die Grundlage dafür, wie leicht der Übergabeprozess einmal gelingen wird: Wie laufen Kommunikation und Konfliktklärung? Wie wird über Bedürfnisse oder Veränderungen gesprochen? Gelingt eine gute Abgrenzung und ein respektvolles Nein? Wie können unterschiedliche Werte und Lebensentwürfe nebeneinander gelebt werden?

Vertrauen in die Jungen

Nachdem die abgebende Generation ihr aktives Berufsleben lang den Betrieb geführt und gestaltet hat, heißt es nun, Führung und Gestaltung in die Hände der Nachfolger zu legen. Diese sind zwar in der Regel besser ausgebildet, aber naturgemäß ärmer an Erfahrung, sowohl landwirtschaftlich als auch an Lebenserfahrung. Altenteiler sind ganz reell abhängig und dem erfolgreichen Wirtschaften des Nachfolgers ausgeliefert. Für die Abgebenden stellen sich dann oft Ängste ein, die sich in Zweifeln an der Fähigkeit des Nachfolgers, den Betrieb erfolgreich zu führen, ausdrücken. Aber die Jungen müssen erst ihren Weg finden. Nicht nur, wie sie diesen Betrieb führen sollen, sondern auch, wie das in dieser Zeit überhaupt gehen soll. So erfolgreich die Eltern in den zurückliegenden Jahren die Herausforderungen letztlich gemeistert haben mögen, die Zukunft erfordert andere Lösungen und Strategien.

Das heißt, in vielen Punkten müssen die Nachfolger anders wirtschaften oder den Betrieb anders führen, als ihre Eltern es getan haben. Das wird dann von der abgebenden Generation oft als Missachtung ihrer Lebensleistung empfunden, sie fühlen sich gekränkt. Umgekehrt haben viele Übernehmer das Gefühl, dass die Erwartungen der Eltern an ihren Nachfolger so groß sind, dass sie das nie erfüllen können. Damit geht oft das Gefühl des Jungen einher: „Egal was ich mache, es genügt nicht.“

Die Lösung liegt hier in rechtzeitigen gemeinsamen Gesprächen über die Erwartungen, Sorgen oder Ängste der jeweiligen Generation. Und zwar vom Beginn des Übergabeprozesses an, nicht erst, wenn es schon fast zu spät ist.

Ein neuer Lebensentwurf

Viele Paare, die jetzt dran sind, ihren Betrieb an die nächste Generation abzugeben, identifizieren sich mit ihrem Hof. Jahrelang haben sie ihre Zeit und Kraft dem Betrieb geopfert und persönliche Bedürfnisse hintenangestellt. Ihre persönliche Identität und die Definition als Paar wurden sehr stark durch den Betrieb und den bauerlichen Lebensalltag geprägt. Das gilt es auch loszulassen. Aber: „Einfach loslassen“ geht nicht, es braucht Ersatz für das, was man loslässt. Die Definition durch den Betrieb muss ersetzt werden durch eine neue Definition als „Altenteiler“ und als „reifes Paar“. Der Umgang mit freier Zeit und persönlichen Bedürfnissen rückt nun stärker in den Mittelpunkt. Das haben sie als Kinder von den eigenen Eltern nicht erlernt und in der Zeit als Betriebsleiter nicht geübt. Da muss Neuland betreten werden. Manche Hofübergabe scheitert daran, dass den Abgebenden eine attraktive Idee für sich selbst fehlt. Dann lieber am Betrieb festhalten, was der nachfolgenden Generation eine Übernahme erschwert oder unmöglich macht.

Emotionale Hürden

Steuerliche, rechtliche oder finanzielle Aspekte einer Hofübergabe sind oft nicht die Gründe, warum Übergaben scheitern oder die Beziehungen zwischen den Generationen auf lange Sicht beschädigt werden. Richtig schwierig sind oft die emotionalen Konflikte zwischen den beteiligten Menschen. Während es für Fachthemen eine etablierte Beratung gibt, die auch in Anspruch genommen wird, ist es weit verbreitet zu meinen, die zwischenmenschlichen Herausforderungen müssten nebenbei und alleine geregelt werden können. Eine Hofübergabe wird souverän angepackt, wenn damit rechtzeitig begonnen wird und viel miteinander geredet wird, auch über Emotionen, Ängste oder Bedürfnisse. Und wenn man gemeinsam in schwieriges Fahrwasser gerät, ist es klug, sich Unterstützung zu holen, bevor die Beziehungen so belastet sind, dass es richtig schwierig wird, wieder zu einem alltagstauglichen Vertrauen zu finden.

Peter Jantsch, Coach und Autor, www.veraenderung.jetzt



Endlich Zeit und Muße für was anderes?

Foto: Schöne/pixelio

EU-Kommission für neue Gentechnik?

Vorsorgeprinzip, Wahlfreiheit und gentechnikfreie Lebensmittelerzeugung sichern

Aktuell wird auch in der neuen „Farm to Fork“-Strategie der EU-Kommission darüber gestritten, ob die neuen Gentechnikverfahren (wie CRISPR, TALEN, ODM, ZFN) als Gentechnik reguliert werden müssen oder nicht. In einem Leak von Anfang März werden die neuen Gentechnikverfahren explizit genannt und die Hoffnung formuliert, dass sie eine Rolle bei der „Erhöhung der Nachhaltigkeit“ und bei den Herausforderungen des Klimawandels spielen könnten. Im öffentlichen Konsultationsprozess zur „Farm to Fork“-Strategie fordert der Deutsche Bauernverband, den „Weg für Innovationen frei zu machen“ und argumentiert, dass die neuen Techniken aktiv zum Erreichen der hohen Umwelt- und Klimaambitionen der EU beitragen könnten. Forschung und Entwicklung müssten vorangetrieben und ihre Anwendung in Zukunft gewährleistet sein. Der Bayer-Konzern fordert ein „wissenschaftsbasiertes Regulierungssystem“ und einen „innovationsfreundlichen Regulierungsrahmen“. So weit, so durchsichtig. Es geht den Gentechnik-Befürwortern darum, dass möglichst wenige oder keine der neuen Gentechnikverfahren nach Gentechnikrecht reguliert werden müssen. Sie wollen Kennzeichnung, Rückverfolgbarkeit und damit auch die Übernahme von Schadensausgleich im Verunreinigungsfall verhindern – und das am liebsten weltweit.

Kontrolle ermöglichen

Sowohl aus wirtschaftlicher Sicht als auch aus Vorsorgegründen müssen die neuen Gentechnikverfahren reguliert werden. Die Verfahren sind neu und bisher ohne systematische Risikoprüfung. Zu behaupten, sie seien sicher, ist unwissenschaftlich. Diese ungeprüft und gegebenenfalls nicht mehr rückholbar auf den Acker und damit in die Lebensmittelerzeugung gelangen zu lassen, ist nicht vereinbar mit dem in der EU verankerten Vorsorgeprinzip. Dies bestätigte auch das Urteil des Europäischen Gerichtshofes vom 25. Juli 2018. Demnach sind auch die neuen Gentechnikverfahren Gentechnik und unterstehen der geltenden EU-Gentechnik-Gesetzgebung. Das EuGH-Urteil hat Rechtssicherheit geschaffen: Auch neue Gentechnik muss reguliert werden. Es muss nun von der EU-Kommission und den Mitgliedstaaten umgesetzt werden. Dies hat die AbL in ihrer ausführlichen Stellungnahme zur Farm to Fork-Konsultation eingebracht. Regulierung heißt nicht Verbot, sondern Forschung und Freisetzung unter gewissen Sicherheitsbedingungen und Import und Verwendung als Futter- oder Lebensmittel oder Anbau erst nach durchlaufenem Zulassungsverfahren. Dies beinhaltet eine Risikoprüfung und -bewertung, Rückverfolgbarkeit und Lieferung eines Nachweisverfahrens seitens der Entwickler, Kennzeichnung, Haftungsregelungen und Monitoring. Die Befürworter wollen am liebsten, dass nur „Transgene“ reguliert werden, also dann, wenn artfremde Gene in einen Gentechnik-Organismus eingebracht wurden. „Kleinere Veränderungen“, wie das Umschreiben weniger Basenpaare oder das Ausschalten von Genen, sollen nicht reguliert werden. Allerdings können auch die Auswirkungen von kleinen Veränderungen unabsehbare Auswirkungen auf den Organismus oder das Ökosystem haben.

lungnahme zur Farm to Fork-Konsultation eingebracht. Regulierung heißt nicht Verbot, sondern Forschung und Freisetzung unter gewissen Sicherheitsbedingungen und Import und Verwendung als Futter- oder Lebensmittel oder Anbau erst nach durchlaufenem Zulassungsverfahren. Dies beinhaltet eine Risikoprüfung und -bewertung, Rückverfolgbarkeit und Lieferung eines Nachweisverfahrens seitens der Entwickler, Kennzeichnung, Haftungsregelungen und Monitoring. Die Befürworter wollen am liebsten, dass nur „Transgene“ reguliert werden, also dann, wenn artfremde Gene in einen Gentechnik-Organismus eingebracht wurden. „Kleinere Veränderungen“, wie das Umschreiben weniger Basenpaare oder das Ausschalten von Genen, sollen nicht reguliert werden. Allerdings können auch die Auswirkungen von kleinen Veränderungen unabsehbare Auswirkungen auf den Organismus oder das Ökosystem haben.

Unerwartete Auswirkungen

Wissenschaftler*innen des Europäischen Netzwerkes ENSSER betonen, es gebe keine Garantie dafür, dass der Einsatz der neuen Gentechnikverfahren zu vorhersehbaren Ergebnissen führe oder dass die daraus resultierenden Produkte sicher seien. Die derzeitigen Gentechnikverfahren, einschließlich Genom-Editierung und das Abschalten von Genen, sind nicht spezifisch genug, um nur die beabsichtigten molekularen Veränderungen einzuführen. Unerwartete molekulare Veränderungen können zur Bildung neuer Toxine und Allergene führen. Selbst beabsichtigte molekulare Veränderungen können unerwartete Auswirkungen zeigen, da das Wissen über regulatorische oder metabolische (Stoffwechsel-)Prozesse unvollständig ist. Aus diesen Gründen ist es für die Wissenschaftler*innen unerlässlich, eine fallbezogene Risikobewertung für alle durch Genom-Editierung veränderten Organismen durchzuführen. Auch aus wirtschaftlichen Gründen und zum Schutz unserer Lebensmittelerzeugung vor nicht wieder rückholbaren Gentechnik-Bestandteilen, müssen die neuen Gentechnikverfahren reguliert werden (s. Kasten). Nur so können die Wahlfreiheit und eine gentechnikfreie Lebensmittelerzeugung vom Saatgut bis zum Teller des Verbrauchers sichergestellt werden. „Trockenheitstoleranz“, Ertragssteige-

rungen oder Lösungen für den Hunger, das sind die alten und neuen Versprechen der Gentechnik-Industrie. Ob dies durch die neuen Gentechnikverfahren erreicht werden kann, ist im Moment sehr spekulativ. Gerade Trockenheitstoleranz oder Ertragssteigerungen sind komplexe Eigenschaften, die nicht auf einzelnen DNA-Abschnitten beruhen, sondern aus einem komplexen Zusammenspiel mehrerer Gene, der Umwelt der Pflanzen und unterschiedlichen Steuerungsmechanismen hervorgehen. Zudem sind diejenigen Eigenschaften, welche Trockenheitstoleranz bedingen, tief in der Konstitution der Pflanzen verankert. Eine züchterische Verbesserung von Trockenheitstoleranz ist deshalb fast immer mit weiteren, grundlegenden pflanzenphysiologischen Veränderungen verbunden. Und Hunger ist vor allem ein Verteilungsproblem. Was wir angesichts der Herausforderungen brauchen, ist die Entwicklung widerstandsfähiger Anbausysteme, die den Boden wasseraufnahmefähiger machen, Humus aufbauen, Bodendegradation verhindern, Bodenlebewesen aktivieren. Es braucht weite Fruchtfolgen mit vielfältigen Sorten. Es braucht Vielfalt im System und Risikostreuung. Es ist also entscheidend, dass Europa nicht einseitig einem Forschungspfad folgt, sondern sich vielfältig aufstellt und gentechnikfreie Alternativen fördert.

Annemarie Volling,
Gentechnik-Expertin der AbL
AbL-Stellungnahme: www.abl-ev.de/themen/gentechnikfrei/publikationen

Deregulierungsfolgen:

- Die Sicherung der gentechnikfreien Lebensmittelerzeugung, von der Züchtung über Vermehrung und Anbau bis hin zu Verarbeitung und Handel wäre unmöglich.
- Verlust von Wettbewerbsvorteilen, die sich europäische Bäuerinnen und Bauern erarbeitet haben
- Verlust von Handelspartnern, wenn diese garantiert gentechnikfreie Waren haben wollen
- Vertrauensverluste bei einem Großteil der Verbraucher*innen, die Gentechnik in der Landwirtschaft und im Essen ablehnen
- Abschaffung von Transparenz und Wahlfreiheit im Lebensmittelsektor
- Keine Kontroll- und Rückverfolgbarkeitsmöglichkeiten in der Lebensmittelerzeugung; keine Schutzmöglichkeiten vor Kontaminationen und keine Haftung im Schadensfall; Unterwanderung des Verursacherprinzips
- Einschränkung oder Verhinderung der gentechnikfreien Züchtungsarbeit: Ohne Transparenz der verwendeten Verfahren und der durchgeführten gentechnischen Veränderungen ist ein Austausch von genetischem Material zur Erweiterung des Genpools kaum noch möglich; ohne Standortregister können Zuchtgärten und Vermehrungsflächen kaum wirksam vor Verunreinigungen geschützt werden.
- Verschärfung der Patentsituation: Konzerne haben sich bereits die Grundlagenpatente (auf die einzelnen Techniken) sowie Anwendungspatente (mit zum Teil sehr weitgehenden Ansprüchen) gesichert; Erhöhung der Rechtsunsicherheiten und erhebliche Einschränkung der Züchtungsarbeit, v. a. für kleine und mittelständische Züchter
- Verhinderung von Forschung und Innovationsprozessen
- Aushebelung des Vorsorgeprinzips; Unterwanderung der Sorgfaltspflicht auch für zukünftige Generationen.



Auch Pinzetten spielen bei Farm to Fork eine Rolle

Foto: Bayer

Wie geht Zeitung, wenn keiner raus darf?

Aus der Redaktion

Vor drei Wochen hat sich alles noch ganz normal angefühlt. Dabei waren die ersten Corona-Fälle schon da nicht mehr nur im fernen China, sondern auch aus Italien gab es immer dramatischere Berichte von Erkrankten und Toten. Die Ermahnungen, soziale Kontakte einzuschränken und sich möglichst zu Hause aufzuhalten, wurden auch in Deutschland lauter. Unsere Arbeit als Redaktion, so jedenfalls unsere erste Einschätzung, würde das nicht wesentlich verändern. Die Redaktionskonferenz in Hamm hatten wir noch durchgeführt und bis zur Endredaktion würden wir sowieso jeder in

seinem „Homeoffice“ arbeiten. Eigentlich alles wie immer. Und abgesehen davon, dass es in solchen Zeiten nicht immer leicht fällt, sich auf andere wichtige Themen als die aktuellen Entwicklungen der Corona-Pandemie zu konzentrieren, schienen wir als Redaktion von dem Geschehen doch wenig betroffen. Das wird sich nun ändern, denn diese Zeitung lebt von dem, was im Land passiert. Sie berichtet von Höfen, von Veranstaltungen, von Treffen mit Politikern. Die gibt es aber nicht mehr. Die Veranstaltungsseite ist leer! Und gibt damit einen Hinweis auf den kommenden Monat. Niemand kann derzeit

sagen, wie lange dieser Zustand anhalten wird, andauern muss. Natürlich werden wir weiterhin berichten. Über die Auswirkungen auf die Märkte, darüber, was die Pandemie für die Landwirtschaft bedeutet. Einfach mal zumachen geht nicht. Wer jetzt nicht sät, wird im Herbst nicht ernten. Und natürlich ist die Landwirtschaft systemrelevant, auch wenn jetzt PflegerInnen, ÄrztInnen KassiererInnen usw. mehr im Fokus stehen.

Für uns als Zeitungsmachende bedeutet die eingeschränkte Bewegungsfreiheit, dass wir nicht auf Höfe fahren, keine Besuche machen und keine di-

rekten Gespräche führen können – weniger Austausch und weniger Input. Allerdings haben wir ja mit Euch viele Menschen mit ganz unterschiedlichen Erlebnissen, Erfahrungen und Bedürfnissen in unserem Umfeld. Bitte nehmt uns mit, schreibt uns oder ruft einfach an und erzählt, was gerade wichtig ist. Auch oder vielleicht gerade, wenn es sich nicht um Corona dreht. Bitte helft uns, trotz „Kontaktsperre“ ein lebendiges Bild von der Situation auf den Höfen zeigen zu können.

Vielen Dank für Eure Unterstützung!



Viele Menschen beim vierzigsten Jubiläum der Unabhängigen Bauernstimme, die immer auch von den Berichten ihrer Leser lebt

Foto: Dott

Das Fest der Garben

Ein Kinderbuch

Früher waren Mähen und Dreschen noch getrennt. Auf dem Feld schnitt man die Halme ab und band sie zu sogenannten Gaben zusammen, die dann zum weiteren Trocknen aufgestellt wurden.“ Über diesen Satz bin ich beim Lesen eines Buches gestolpert, welches sich auf unserem weihnachtlichen Gabentisch fand. Das Buch hat mich fasziniert. Es ist sehr lebendig, detailgetreu und unaufgeregt ehrlich geschrieben und mit schön gemalten Bildern versehen, dass es mir als Bauer eine Freude war, es zu verschlingen. So, dachte ich mir, geht Öffentlichkeitsarbeit. Eine tolle Gabe für jeden Gabentisch der unserer landwirtschaftlichen Urproduk-

tion entfremdeten Kinder! Aber eine Gabe auf dem Acker? Natürlich ist Getreide eine schöne Gabe des Himmels. Was wäre der Mensch ohne. Aber müsste das nicht Garbe heißen? Seit der unseligen letzten Rechtschreibreform traut man sich ja kaum mehr, etwas auch noch so kurios Geschriebenes in Frage zu stellen. Aber war es nicht eine Garbe aus einem Gewehr, also eine Ansammlung mehrerer Schüsse, mit welcher ein feindliches Lager das andere von seiner Meinung überzeugen wollte und durch welche ein Abenteuerroman in jungen Tagen erst spannend wurde? Klar, wenn man von einem Gewehr mit einer Garbe bedacht wird, ist das schon

auch eine Gabe, leider halt keine gute. Aber wird nicht in einem berühmten alten Lied dringend gemahnt, den Wagen anzuspinnen und die schweren Garben vom Acker zu holen, weil der Wind Regen übers Land peitscht? Gut, dachte ich mir, der Autor kommt aus dem Norden. Dort haben sie es ja nicht so mit dem „R“. Sie verschlucken es gerne, während wir im Süden es ja so schön rollend betonen. Sprache ist halt lebendig und vielleicht, so mein Verdacht, haben sich die Garben im Norden wegen der nuschelnden Aussprache der behäbigen Bauern dort oben zu Gaben zurückentwickelt? Dass dem nicht so ist, davon überzeugte mich ein

Blick in den guten, alten „Duden“ und auch in seinen jungen Vetter „Google“. Beide kennen – genau wie ich – nur Getreidegarben. Wo man hobelt, fliegen halt Späne – oder, wo der Wind peitscht, fliegen halt auch mal die Garben und die Gaben durcheinander. Das macht das schöne Buch von dem gelernten Landwirt authentischer und mir damit noch sympathischer.

Marika und Julius: Entdecke mit uns den Bauernhof. Geschrieben hat es Guido Höner, illustriert Noemi Bengsch. Landwirtschaftsverlag Münster 2019, 96 S., gebunden, 16 Euro, ISBN 978-3-7843-5636-5

„Ackerland in Bauernhand!“

Wer nur der Eröffnungsrede von Bundesministerin Julia Klöckner zur BMEL-Tagung „Boden ohne Bauern?“ lauschte, hätte sie fast für eine Ablerin halten können. Sie sei in „großer Sorge um den Bodenmarkt“, da sich dort verstärkt außerlandwirtschaftliche Investoren tummeln und unter Umgehung des Grundstücksverkehrsgesetzes Anteile an Betrieben und damit indirekt auch Boden erwerben. „Ackerland gehört in Bauernhand“ und sei kein Spekulationsobjekt. Sie sei der Überzeugung, dass die Bereitschaft der Gesellschaft, die Landwirtschaft zu unterstützen stark in Gefahr sei, wenn der Anteil der investorgeführten Betriebe weiter steige - schön, dass diese Erkenntnis nun sogar die Bundesministerin erreicht hat. Nun gilt es den vielen interessanten Vorträgen und Anregungen auf der Tagung auch Taten folgen zu lassen. Einen ausführlichen Bericht von der Veranstaltung gibt es vom Geschäftsführer der AbL-Mitteldeutschland Reiko Wöllert im newsletter der Unabhängigen Bauernstimme:

Bäuerlicher Nachrichtenbrief...

..der wöchentliche kostenlose Newsletter

Am besten gleich registrieren:

www.bauernstimme.de/bauernstimme/nachrichten



Impressum

Anschrift: Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm
Herausgeber: Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft – Bauernblatt e.V.
Redaktion: Marcus Nürnberger: 02381-492220
 Claudia Schievelbein: 02381-492289
 Fax: 02381/492221, redaktion@bauernstimme.de;
Verlag: ABL Bauernblatt Verlags GmbH, Geschäftsführung: Vera Thiel
Aboverwaltung: Vera Thiel, Tel.: 02381/492288, Fax: 02381/492221,
 E-Mail: verlag@bauernstimme.de; Internet: www.bauernstimme.de;
Druck: küster-pressedruck, Industriestraße 20, 33689 Bielefeld

AbL Bundeskontakte

Bundesgeschäftsstelle:

Ulrich Jasper, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Tel.: 02381/9053171, Fax: 02381/492221, E-Mail: info@abl-ev.de

Bundesgeschäftsführer: Georg Janßen, c/o Gewerkschaftshaus, Heiligengeiststraße 28, 21335 Lüneburg, Tel.: 04131/407757, Fax: 04131/407758

junge Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft:

junge-abl@abl-ev.de

Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugesetze und Nachbaugebühren:

Georg Janßen, Tel.: 04131/407757, Fax: 04131/407758; Gerhard Portz, Tel.: 06502/2298

Netzwerk Bauernhöfe statt Agrarfabriken

Eckehard Niemann, Tel: 0151-11201634, eckehard.niemann@freenet.de

Netzwerk gentechnikfreie Landwirtschaft:

Annemarie Volling, Tel.: 04131/400720, Fax: 04131/407758, E-Mail: gentechnikfreie-regionen@abl-ev.de

Internationale Agrarpolitik:

Berit Thomsen, Tel.: 02381-9053172, thomsen@abl-ev.de



Landeskontakte

Schleswig-Holstein

Geschäftsführung:

Berit Thomsen, Nernstweg 32-34, 22765 Hamburg, 040-397 858, schleswig-holstein@abl-ev.de

Niedersachsen

Geschäftsstelle:

info@abl-niedersachsen.de

Landesverband: Ottmar Ilchmann, Tel.04967-334, o.ilchmann@yahoo.de

Wendland-Ostheide: Martin Schulz, Tel. 05865-988 3-60, neulandhof-schulz@gmx.de

Heide-Weser: Johanna Boese-Hartje, Tel. 04204-689 111, biohof-boese-hartje@t-online.de

Elbe-Weser: Jürgen Rademacher, Tel .u. Fax 04747-931 105, juergen-rademacher@t-online.de

Südn: Eberhard Prunzel-Ulrich, Tel. 05507-912 85, kaesehof@t-online.de

Mecklenburg Vorpommern/Brandenburg

Mecklenburg: Helmut Precht, Tel.: 038459 / 31 034; Jochen Fritz, Tel.: 0171 / 82 29 719;

Franz Joachim Bienstein, Tel.: 0157 - 87185136

Nordrhein-Westfalen

Landesverband: Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Tel.: 02381/9053170, nrw@abl-ev.de

Gütersloh: Erika Kattenstroth, Tel.: 05241/57069

Tecklenburger Land: Martin Steinmann, Tel.: 05404/5264

Herford: Friedel Gieseler, Tel.: 05221/62575

Köln/Bonn: Bernd Schmitz, Tel.: 02248/4761

Niederrhein: Dorothee Lindenkamp, Tel.: 02064/38421

Gentechnik: Reinhard Fiegenbaum, Tel: 05484/657

Westmünsterland: Martin Ramschulte; Tel.: 02555-430; Fax: 02555-929989

Hessen

Geschäftsstelle: Lara Göhring, Mobil: 0160/4976397; hessen@abl-ev.de

Reinhard Nagel, Tel.: 05695-990099, Mobil: 0171-8604799, hessen@abl-ev.de

Jeannette Lange, Tel.: 05653-91280, Lange.Wellingeroede@t-online.de

Peter Hamel, 06630 919013, peter.hamel@web.de

Rheinland-Pfalz und Saarland

Landesverband: Ralf Wey, Maifeldstr. 15, 56332 Moselsüß, Tel.: 02605/952730, Fax: 02605/952732, e-mail: Ralf.Wey@abl-rlp-saar.de;

Hans-Joachim Jansson, Tel.: 02626/8613, Fax: 02626/900218; www.abl-rlp-saar.de

Baden-Württemberg

Geschäftsstelle: Frieder Thomas, Tel.: 07531 282939-1, thomas@abl-ev.de

Alb-Donau / Ulm: Franz Häußler, Tel.: 07391 1268, haeussler.biolandhof@t-online.de

Oberrhein und Vorbergzone: Wolfgang Hees, Tel.: 0176 39872928, wolfgang@hees-web.de

Stuttgart / Schwäbischer Wald: Stefan Klett, Tel.: 0176 700 96 364, stefan_klett@gmx.de

Westlicher Bodensee: anneliese Schmeh, Tel.:07553 7529

Bayern

Landesverband: Gertraud Angerpointner, Tel.: 08656 393, fuermannalm@web.de; Josef

Schmid, Tel: 08742-8039, Fax: 967654, bioschmid@t-online.de

Geschäftsstelle: Andrea Eiter; Neidhartstr. 29 1/2; 86159 Augsburg; Tel: 0821/45 40 951 und

0170/99 134 63; Internet: www.abl-bayern.info; Mail: abl-bayern@web.de

Chiemgau-Inn Salzach: Georg Planthaler, fuermannalm@web.de; Tel. 08656/393

Rita Huber; Tel: 08683-557; huber.aichlberg@gmx.de

Land an Rott und Inn: Margarete Stoiber, Tel. 08536/91091; Fax 08536/919782,

margaretestoiber@t-online.de;

Allgäu: Geschäftsstelle Michael Finger; Tel. 08322/1329; ablallgaeu@gmx.de,

Oberland: Irene Popp, Tel. 0176-98148203, irene-popp@web.de,

Landshut-Vilstal: Josef Schmid, Tel.: 08742/8039, e-mail: abl-bayern@web.de

Franken: Isabella Hirsch, Telefon: 09852-1846, isabella.hirsch@gmx.de,

Erding-Ebersberg: Rosi Reindl Tel. 08093- 905575, rosi_reindl@gmx.de;

Bayerisch-Schwaben, Andrea Eiter, 0170-99 134 63, aeiter@freenet.de,

Thüringen

Thüringen: Reiko Wöllert (Landesgeschäftsführer), Auf der Burg 11, 99869 Haina, Tel:

036254/78024, mitteldeutschland@abl-ev.de; Michael Grolm, Tel.: 0361 – 21847159, Linderba-

cherstraße 12- u. 14, 99098 Erfurt-Bußleben, m.grolm@gmx.de

Sachsen-Anhalt

Claudia Gerster, Dietrichsroda 16, 06632 Balgstädt, Tel: 034465/21005, sachsen-anhalt@abl-ev.de

Sachsen

Geschäftsführer: Clemens Risse, Tel: 0174-4108273, sachsen@abl-ev.de; Im Winkel 26, 01698

Niederau;

Danilo Braun, Hauptstraße 146, 09600 Oberschöna, Tel: 01577/3987764, Email: landbau.braun@gmx.de;

braun@gmx.de;



Mitgliedsantrag

Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e.V.

Ich möchte Mitglied in der AbL werden und (Zutreffendes bitte ankreuzen)

- ☐ Ich zahle den regulären Mitgliedsbeitrag von 111,00 Euro
- ☐ Wir bezahlen den Mitgliedsbeitrag für Ehepaare und Hofgemeinschaften von 146,00 Euro
- ☐ Ich bin bereit, als Fördermitglied einen höheren Beitrag von _____ Euro zu zahlen
- ☐ Als Kleinbauer, Student, Renter, Arbeitsloser zahle ich einen Mitgliedsbeitrag von 56,00 Euro
- ☐ Ich beantrage als Unterstützer/in einen Mitgliedsbeitrag von 81,00 Euro
- ☐ Ich abonniere die Unabhängige Bauernstimme (bitte Coupon Rückseite ausfüllen)
- ☐ Ich finde die Arbeit der AbL e.V. wichtig und unterstütze sie als Nichtmitglied mit einem Jahresbeitrag von:
- ☐ 30,-€ ☐ 50,-€ ☐ 70,-€

Der Mitgliedsbeitrag erhöht sich jährlich um 2,- Euro, ein Abo der Bauernstimme ist nicht enthalten.

Nachname, Vorname: _____

Straße: _____

PLZ, Wohnort (Landkreis): _____

Telefon/Fax E-Mail: _____

Ich zahle:

☐ nach Erhalt der Rechnung

☐ per SEPA-Lastschriftmandat

Gläubiger-ID: DE19ZZZ00000421092

AbL e.V., Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm

Die Mandatsreferenz wird separat mitgeteilt.

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Bank: _____

BIC: _____

IBAN: _____

Die Mitgliedschaft verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn nicht spätestens 14 Tage vor Ablauf gekündigt wird. Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Bundespost im Falle einer Adressänderung die neue Adresse an die AbL weiterleitet.

Unsere Datenschutzerklärung finden Sie unter www.abl-ev.de/datenschutz

Datum: _____ Unterschrift: _____



Schläger statt Spritze

Es sind die Tage der ausverkauften Dinge. Bei Klopapier ist das eher beschämend im Kleinen und bedrohlich angesichts des großen Ganzen, was in der Welt gerade in den Orkus geht. Aber es ist auch noch etwas anderes ausverkauft, und das ist neben dem, dass es ein Ärgernis für den Kaufwilligen ist, auch ein positives Signal in Zeiten, in denen wir so was doch mehr denn je gebrauchen können. Ausverkauft sind nämlich auch Krautschläger. Nee, das hat nun nichts mit Corona zu tun, auch wenn man sich vorstellen könnte, dass interessante Staatenlenker mit blonden Frisuren im anglophonen Sprachraum

einen Krautschläger als Superwaffe gegen das ultimative Böse in der Welt – und waren nicht dafür immer die „Krauts“ verantwortlich? – verstehen könnten. Nee, James Bond hatte nicht auch einen gewollt und kann, weil er ausverkauft ist, deshalb nun nicht termingerecht über die Leinwände hechten und küssen.

Krautschläger sind nur bedingt eine Superwaffe. Sie hauen klein, was auf dem Kartoffelacker die Ernte mit dem Roder behindern könnte. Und gefragt wie nie sind diese normalerweise eher als Nischengeräte oder Ladenhüter zu identifizierenden Anbaumaschinen deshalb gerade, weil dem konventio-

nellen Kartoffelbau der Wirkstoff Deiquat zur Krautabtrötung von der EU ab diesem Jahr verboten wurde. Umorientierung ist nun gefragt und wird auch offensichtlich vollzogen. Landmaschinenhändler und Bauern berichten nicht von Hamsterkäufen, aber von leergefegten Märkten.

Plötzlich ist möglich, was viele Jahre kaum denkbar war: die mechanische Reduzierung des Kartoffelkrauts vor der Ernte. Biobetriebe machen das sowieso bzw. schlagen oft genug mehr Unkraut als Kartoffelkraut kurz und klein, damit der Roder durchkommt. Für sie ist der Krautschläger ein Standardinstru-

ment. Für die ältere Generation Kartoffelbauern war es das eigentlich auch, bis die günstige und saubere Chemie zum Mittel der Wahl wurde. Zwar gibt es auch Ersatzwirkstoffe, aber das wirklich Erfreuliche ist, dass die in den Augen vieler offenbar heute weniger Alternative sind als die gute alte Mechanik. Es tut sich wohl was in den Köpfen. Demnächst werden erstmal Kartoffeln gepflanzt. Pflanzen erscheint eine gute Tätigkeit in Zeiten der Apokalypse Corona, irgendwie hoffnungsvoll – und schließlich wollen die Leute ja irgendwann auch mal wieder was anderes essen als Nudeln mit Klopapier. cs

unabhängige **bauernstimme: trotz Kontaktsperre**

Zutreffendes bitte ankreuzen:

- ☐ Ich möchte die BAUERNSTIMME abonnieren (46,00 € im Jahr). In begründeten Fällen kann auf jährlichen Antrag für Kleinbauern, -bäuerinnen, Arbeitslose, SchülerInnen und StudentInnen der Abo-Preis auf 32,00 € gesenkt werden.
- ☐ Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum Förderpreis von 60,- € im Jahr.
- ☐ Ich möchte die BAUERNSTIMME zum Preis von 18,- € bzw. 35,- € für ☐ 6 oder ☐ 12 Monate verschenken.
- ☐ Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum einmaligen Schnupperpreis von 7,50 € für drei Ausgaben (nur gegen Vorkasse: Bar, Scheck, Briefmarken).

Zustelladresse

Bei Geschenkabos Adresse des Auftraggebers

Name, Vorname

Name, Vorname

Straße

Straße

PLZ, Ort

PLZ, Ort

evtl. Telefon für Rückfragen

email/Fax

Ich zahle:

- ☐ nach Erhalt der Rechnung
☐ per SEPA-Lastschriftmandat

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Bank: _____

BIC: _____

IBAN: _____

Das Abonnement verlängert sich um ein Jahr (außer bei Geschenkabos), wenn es nicht spätestens vier Wochen vor Ende des Abozeitraums gekündigt wird.

Widerrufsrecht: Ich weiß, dass ich meine Bestellung innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich beim ABL-Verlag widerrufen kann.

Unterschrift der Abonnettin / des Abonnenten
 (bei Geschenkabos Unterschrift des Auftraggebers)

Datum Beruf

Bitte senden Sie die Bestellung an: Bauernstimme, Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm oder Fax 02381 / 492221
 Unsere Datenschutzerklärung finden Sie unter www.bauernstimme.de/datenschutz

04/2020

Gläubiger-ID: DE17ZZZ00000417539

ABL Bauernblatt Verlags GmbH Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm
 Die Mandatsreferenz wird separat mitgeteilt.